

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

64. Sitzung  
3. Dezember 2020

Beginn: 15.01 Uhr  
Schluss: 19.00 Uhr  
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0375](#)  
**Abschlussbericht der Köller-Kommission zur  
Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht  
in Berlin, Empfehlungen für den Bereich der  
vorschulischen Bildung** BildJugFam  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0371](#)  
**Abschlussbericht der Expertenkommission zur  
Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht  
in Berlin – Handlungserfordernisse für den Kita-  
und Schulbereich** BildJugFam  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Hierzu: Anhörung

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0255](#)  
**Rolle und Aufgabe der vom Senat eingesetzten  
Qualitätskommission** BildJugFam  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 24.10.2019

Als Anzuhörende darf ich heute vor Ort Frau Sandra Theede, Mitarbeiterin im Bereich Schulpolitik der IHK zu Berlin, begrüßen. Digital zugeschaltet sind uns: Herr Prof. Dr. Michael Becker-Mrotzek, Professor für deutsche Sprache und ihre Didaktik und Direktor des Mercator-Instituts für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache an der Universität zu Köln; Herr Lars Békési, Geschäftsführer des Verbands der kleinen und mittelgroßen Kitaträger e. V.; Herr Prof. Dr. Olaf Köller, Vorsitzender der Kommission zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht in Berlin und geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik an der Universität Kiel; Herr Prof. Dr. Kai Maaz, geschäftsführender Direktor des Leibniz-Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation und Frau Doreen Siebernik, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Herzlich willkommen!

Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll erwünscht ist. – Dem ist so. Wir werden heute in der Anhörung eine Ausnahme machen: Weil der Abschlussbericht der Expertenkommission ziemlich lang und in fünf Minuten nicht begründbar ist, werden wir unsere Regel bei einem einzigen Anzuhörenden durchbrechen: Herr Professor Dr. Köller wird 15 Minuten berichten. Die anderen Anzuhörenden bitte ich, bei der erbetenen Fünfminutenfrist zu bleiben. Der Besprechungspunkt 2 a wird durch die Fraktion der Koalition durch wen begründet? – Keiner? Spricht für sich? – Gut, dann sagt Frau Remlinger: spricht für sich. – Bitte schön, Frau Remlinger! Sie müssen es nicht lang ausführen. Sie wissen, dass wir unter Zeitdruck sind, nicht wahr, Frau Remlinger?

**Stefanie Remlinger (GRÜNE):** Selbstverständlich, Frau Vorsitzende! Allein das war der Grund des Zögerns. – Ich darf versichern, dass ich für die Koalition spreche, wenn ich sage, dass wir es für selbstverständlich halten, den Bericht der Kommission hier vorgestellt bekommen zu wollen. Der Bericht beschäftigt sich mit der für uns zentralen Frage: Wie können wir den Kindern in der Stadt helfen, die nicht ausreichend gut Lesen und Schreiben lernen und auch über die sonstigen Kompetenzen, um am gesellschaftlichen Leben, an anderen Bildungsthemen – kultureller, demokratischer Bildung usw. – teilhaben zu können, nicht ausreichend verfügen? Wie können wir bei diesem Problem, dass die Gesellschaft schon seit Jahrzehnten bewegt, substantiell weiterkommen?

Wir freuen uns außerordentlich, dass sich die Kommission diesem Thema zugewandt hat, und wir freuen uns sehr auf das, was uns heute vorgestellt wird, darauf, dass wir das miteinander weiter diskutieren können und hoffentlich die richtigen Schlussfolgerungen ziehen werden. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner:** Ich bitte, den Punkt 2 b durch die Fraktion der CDU zu begründen. – Hier hat Herr Stettner das Wort!

**Dirk Stettner (CDU):** Ich schließe mich der Bedeutung an, die gerade von der Koalition dargestellt worden ist. Ich möchte nur eine kurze Nachfrage setzen: Wir sind hier im Fachausschuss, um uns den Bericht anzuhören und dann darüber zu beraten, was Maßnahmen sind. Und am heutigen Tag werden von Ihnen die ersten zwölf Maßnahmen per Pressemitteilung herausgegeben. Da fühle ich mich ein wenig verhöhnepipelt – wenn ich das mal so freundlich sagen darf –, dass wir diesen Punkt heute mit gutem Grund haben, aber Ihre Schlussfolgerungen daraus schon vor unserer Beratung in einer Pressemitteilung umgesetzt worden sind. Vielleicht können Sie kurz erläutern, warum wir da nicht unsere Fachberatung abwarten konnten. – Danke!

**Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner:** Es ist in der Tat die Senatsverwaltung gefragt. – Frau Senatorin Scheeres hat das Wort, bitte schön!

**Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Stettner! Sie müssen sich nicht „verhöhnepipelt“ fühlen. Das Thema der Unterrichtsqualität ist ein Schwerpunktthema dieser Legislaturperiode. Wir haben hier gemeinsam die 39 Maßnahmen, das Maßnahmenpaket der Senatsverwaltung, miteinander diskutiert, viele Qualitätsmaßnahmen über das Gute-KiTa-Gesetz umgesetzt, und wir setzen im Bereich der Schulqualität und in der frühkindlichen Bildung ständig Maßnahmen um.

In der letzten Legislaturperiode haben wir viele Dinge auf den Weg gebracht, viele Ressourcen sind in den Bildungsbereich geflossen. Die Themen der letzten Legislaturperiode waren: Schulen zu entlasten, Projekte auf den Weg zu bringen. Gute Dinge sind auf den Weg gebracht worden: Wir haben eine MINT-Akademie konzipiert und auf den Weg gebracht, unser Sprachförderungsinstitut – so nenne ich es mal –; an den Schulen: Schulsozialarbeiterstellen, zusätzliche Sprachförderstunden, Teilungsunterricht – ich glaube, um die 6 000 VZÄ fließen in den Bereich ein –, viele Ressourcen im Bereich der Inklusion. Wir sind das mal durchgegangen: Ich glaube, um die 36, 37 Prozent zusätzliche qualitative Ressource ist in das System geflossen.

Sie kennen den Bundesüberblick der einzelnen Bundesländer pro Kind, wie viel Ressource zur Verfügung gestellt wird. Wir sind da an der Spitze. Deswegen haben wir gesagt: Wir müssen genauer hinschauen, bestimmte Maßnahmen auf den Weg bringen und uns auf die Themen Deutsch, Mathematik konzentrieren, deswegen die zusätzlichen Stunden im Bereich des Deutschunterrichts und viele Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben.

Ich bin für die Arbeit der Kommission unter der Leitung von Professor Köller sehr dankbar, die unser Maßnahmenpaket mitdiskutiert, miteinbezogen hat, daran haben sich die thematischen Überschriften, die sich die Kommission gestellt hat, orientiert. Diese Dinge wurden bewertet und der Bereich der Praxis bewusst miteinbezogen. Wir haben Praxispersonen aus dem frühkindlichen Bereich und dem Bereich der Schule miteinbezogen. Es gab immer eine Rückkopplung, und dann ging es wieder hinein in die Kommission der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Herr Köller wird sicher selbst noch etwas zu der Arbeitsweise sagen.

Ich möchte mich recht herzlich für die Arbeit und die Hinweise der Kommission bedanken! Es werden Maßnahmen vorgeschlagen, die wir teilweise schon angestoßen haben, die kurzfristig sind. Es sind aber auch Maßnahmen, die längerfristig sind, die diskutiert werden müssen, weil sie so noch nicht im Fokus unserer Arbeit waren, zum Beispiel das Landesinstitut, das Qualitätsinstitut, das angeregt wird, oder die Umstellung der Schulinspektion. Das sind Themen, bei denen wir in den fachlichen Austausch intensiver einsteigen werden.

Ein konkreter Vorschlag der Kommission war, dass wir einen Beirat einrichten, der uns hinsichtlich der Umsetzung der Maßnahmen fachlich begleitet. – Ich freue mich sehr, dass wir Herrn Dr. Voges gewinnen konnten, den Beirat zu leiten. Ich glaube, das ist sehr vorteilhaft, weil er alles bezüglich der Arbeit der Expertenkommission oder der Praxiskommission mitbegleitet, die Debatten verfolgt hat und das ganze Datenmaterial kennt, sodass er sich nicht neu einarbeiten muss. In Absprache mit Herrn Dr. Voges haben wir, glaube ich, einen gut zusammengesetzten, fachlichen Beirat installiert, in dem auch Schulleitungen Teil sein werden.

Wie gesagt: Wir sind nicht untätig, das waren wir auch in den letzten dreieinhalb Jahre nicht. Deswegen gibt es nun diese Maßnahmen, die wir kurzfristig sehen und umsetzen können, und die wir teilweise durch Ausschreibungen im frühkindlichen Bereich längst in die Spur gebracht haben. Im frühkindlichen Bereich sind das zum Beispiel Maßnahmen, die Ihnen in der Presseerklärung vorliegen, dass wir Materialien erstellen lassen, Konsultationskitas in den Bereichen Mathematik, Digitalisierung und Sprachförderung auf den Weg bringen – die sind längst in Planung und sollen im nächsten Halbjahr umgesetzt werden – oder dass wir im nächsten Halbjahr den Trägern 40 Funktionsstellen – themenorientiert – zur Verfügung stel-

len. Sie verfolgen die Fachdebatte: Im Rahmen des Guten-KiTa-Gesetzes haben wir mit den Trägern diskutiert, dass wir nicht pauschal den Trägern Stellen zur Verfügung stellen, sondern themenorientiert, weil wir fachliche Bedarfe und eine fachliche Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher in unseren Einrichtungen sehen. – Das sind ein paar Beispiele aus dem frühkindlichen Bereich.

Es gibt natürlich auch Vorschläge der Kommission von Herrn Köller, die diskutiert werden müssen, von denen wir wissen, dass sie auch kritisch gesehen werden. Die Abschaffung des Sprachlerntagebuchs war eine sehr emotionale Debatte. Wir nehmen das zur Kenntnis und diskutieren das selbstverständlich mit den Trägern, weil wir für uns eine Kommunikationslinie festgelegt haben: Wir hatten interne Klausuren im Haus – gestern waren Sie, Herr Köller, im Landesschulbeirat –, es wird mit der Schülervvertretung und mit anderen Institutionen gesprochen, und wir haben mit unseren Schulleitungen der einzelnen Schulformen Termine festgelegt, wo wir diese Dinge miteinander diskutieren.

Auch im Schulbereich gibt es Themen, die wir sehr ernst nehmen und die schon öffentlich diskutiert worden sind. Das Thema Schulverträge haben wir auf den Weg gebracht und sind jetzt im zweiten Jahr der Umsetzung. Wir haben festgestellt, dass es wichtig ist – da es anscheinend nicht von selbst passiert –, dass bei den Schulen, die unter dem Mindeststandard sind, im Rahmen der Schulverträge über deren Daten verbindlich diskutiert wird, verbindlich Ziele formuliert werden und sich über Maßnahmen verständigt wird. Das sind Dinge, die gerade entwickelt werden.

Den Umbau der Schulinspektion sind wir auch angegangen. Wir haben hier diskutiert, dass die datenbasierte Arbeit, die Bewertung im Rahmen der Schulinspektion zu kurz kommen. Wir haben schon Bausteine ergänzt, aber die Kommission macht noch weitergehende Vorschläge, dass man sich auf die Schulen, die einen besonderen Entwicklungsbedarf haben, konzentriert. Das greifen wir auf, entwickeln diese Konzeption und werden selbstverständlich im Beirat, mit unseren Schulleitungen und der Fachwelt diskutieren, wie wir uns das vorstellen.

Auch das Thema der verbindlichen Fortbildungsverpflichtung ist nicht neu. Hier greifen wir nur die Themenfelder auf, die von der Kommission von Herr Köller identifiziert wurden.

Zum Thema Hochschulverträge muss ich, glaube ich, nichts sagen. Es ist wichtig, dass wir uns über die Hochschulverträge absichern, dass an unseren Hochschulen genügend Lehrkräfte fachspezifisch ausgebildet werden. Das muss immer wieder Thema in den Hochschulverträgen sein.

Zum mittleren Schulabschluss habe ich schon vorgestellt, dass das für mich ein Thema ist und dass ich das ernst nehme, was die Gymnasien formuliert haben und von der Köller-Kommission aufgegriffen worden ist. Wir wollen nicht irgendetwas ersatzlos streichen, sondern ich nehme es ernst, wenn die Gymnasien sagen: Die Inhalte werden bei ihnen schon in der neunten Klasse abgehandelt. Das bringt den Schülerinnen und Schülern nichts. – Wir sehen, dass 98 Prozent den MSA bestehen, aber es geht um eine leistungssichernde Arbeit in der Oberstufe. Das ist bei dem Übergang in die Oberstufe wichtig.

Wir haben diese Dinge aufgegriffen und gehen sie jetzt an. Frau Vorsitzende hat eben den Bericht gezeigt: Die zwölf Punkte, die ich angesprochen habe, sind zwölf Punkte, aber es werden in diesem Bericht viel mehr Dinge angesprochen. Die Themen sind teilweise für den Ausschuss nicht neu. Viele Dinge haben wir hier diskutiert. Deswegen sind diese zwölf Maßnahmen, die wir hier haben, nicht abschließend, sondern es werden sicherlich weitere Maßnahmen in den Blick genommen und vorangetrieben. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner:** Danke schön! – Mit Blick auf unsere Lüftungspause werden wir das so machen, dass wir uns drei Anzuhörende anhören und mit Professor Dr. Köller eine Pause einlegen müssen. Ich bitte die zwei vorangehenden Anzuhörenden, sich so weit wie möglich an die Zeit zu halten. Als Erster hat Prof. Dr. Becker-Mrotzek das Wort. – Sie sind uns digital zugeschaltet. Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Dr. Michael Becker-Mrotzek** (Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache an der Universität zu Köln; Direktor) [zugeschaltet]: Ich bin ein bisschen überrascht, weil ich dachte, dass zunächst Herr Köller seine grundlegenden Ausführungen macht.

**Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner:** Das können wir machen. Das ist kein Problem. Wir können mit Herrn Professor Dr. Köller anfangen. Ich habe nur die alte Tradition gewahrt, alphabetisch vorzugehen. Das muss aber nicht sein. Sie können sagen, wie Sie es wünschen. – Bitte schön, Herr Prof. Dr. Köller, Sie haben das Wort, 15 Minuten, bitte!

**Dr. Olaf Köller** (Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik – IPN – an der Universität Kiel; Vorsitzender der Qualitätskommission) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Herzlichen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, Stellung zu nehmen beziehungsweise Erläuterungen abzugeben. Es sind bereits Teile durch Frau Senatorin Scheeres gesagt worden.

Lassen Sie mich – weil ich das ganz wichtig finde – mit dem Auftrag, den die Kommission hatte, beginnen. Nach der Veröffentlichung der Expertise sind viele Diskussionen dahingehend gekommen, dass das ein verengter Blick auf Schule sei. – Aber der Auftrag war, auch vonseiten der Senatorin, ganz klar: einen Schwerpunkt auf die fachlichen Kernbereiche schulischer Bildung – Deutsch und Mathematik – zu legen und letztendlich Empfehlungen dahingehend abzugeben, dass zukünftige Schülerinnen und Schüler in Berlin auch im Ländervergleich, sowohl im Grundschulbereich als auch in der Sekundarstufe I, in Deutsch und Mathematik besser abschneiden, und die Leistungen in den Vergleichsarbeiten besser werden. Mit diesem Auftrag war verbunden, dass die in Berlin wie auch in anderen Bundesländern auftretenden sozialen und herkunftsbedingten Ungleichheiten mithilfe der empfohlenen Maßnahmen reduziert werden können. Der Auftrag umfasste weiterhin sehr stark die ganze Frage: Wie sichern wir im Lehrgang der Sekundarstufe I, dass die Schülerinnen und Schüler erfolgreich in die berufliche Erstausbildung beziehungsweise in die gymnasiale Oberstufe übertreten können?

Der letzte Auftrag bezog sich darauf, sich das ganze Unterstützungssystem durch Schulaufsicht, Fortbildungseinrichtungen etc. durch die Landesinstitute ISQ und LISUM anzuschauen und diesbezüglich Empfehlungen abzugeben, inwieweit diese Einrichtungen dazu beitragen können, die Qualität der Bildungsprozesse in Berlin weiter zu steigern. Mit dem Auftrag war

die Verzahnung der Empfehlungen beziehungsweise die Berücksichtigung des 39-Punkte-Programms verbunden.

Die Kommission ist in Berlin insgesamt auf ein Umfeld mit sehr, sehr guten Voraussetzungen gestoßen, um weiter Bildungsprozesse in Schulen zu optimieren. Sie wissen alle, dass Berlin relativ viel Geld in seine Schülerinnen und Schüler investiert – nach Hamburg am zweitmeisten. Wir haben in Berlin die Situation, zwei Landesinstitute zu haben – mit dem ISQ insbesondere ein Institut, das im Bereich der Diagnostik der Vergleichsarbeiten bundesweit ausgewiesen ist. Wir haben in Berlin viele Programme der Schul- und Unterrichtsentwicklung und der Fördermaßnahmen. Sie haben vor wenigen Jahren in Berlin die große Strukturreform durchgeführt. Sie haben vergleichsweise viele Mittel, auch Personalmittel, im Bereich der sonderpädagogischen Förderung, sodass wir insgesamt auf ein Feld, das wichtige Voraussetzungen, um erfolgreiche Bildungsprozesse anzubahnen, erfüllt, gestoßen sind.

Gleichwohl haben wir gesehen, dass man bei der Einsetzung von Ressourcen – der Ressourcenallokation – noch fokussierter, noch zielgerichteter vorgehen kann. Es war eine der Analysen dieses Berichts, dass wir in der Analyse der Situation vor Ort gemerkt haben: Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, Programmen, denen es noch etwas daran mangelt, dass klar operationalisierbare Ziele vorgegeben werden – Was wollen wir mit diesen Maßnahmen genau erreichen? –, und dann ein Link zwischen den Zielen, die man damit verbindet, und den Maßnahmen hergestellt wird. Es ist natürlich schwer, auf der Seite der Schülerinnen und Schüler mit diesen Maßnahmen wirklich anzukommen und Bildungsprozesse anzustoßen, wenn vorher diese Zielvorgabe nicht hinreichend präzisiert ist und die Maßnahmen noch nicht hinreichend darauf abgestimmt sind. Wir haben damit identifiziert, dass es diesbezüglich gewisse Steuerungsprobleme gibt.

Wir haben weiterhin gesehen, dass die Fokussierung auf die Kernkompetenzen Deutsch und Mathematik bei vielen Maßnahmen implizit vielleicht gegeben ist, ihnen explizit aber noch etwas fehlt, dass man dieses insgesamt stärken muss und dass man, sowohl bei den Fördermaßnahmen aber auch bei den Maßnahmen der Qualitätssicherung – sprich: Schulinspektion, beispielsweise –, den Fokus stärker ganz konkret auf die Qualität des Unterrichts in Mathematik und Deutsch legen muss.

Diese Empfehlungen sind im Grunde genommen davon ausgehend entstanden. Sie beziehen sich auf sechs Handlungsfelder, die im Wesentlichen die Etappen des Bildungssystems, beginnend in der Kita bis hoch zu den Lehrerinnen- und Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung, abarbeiten. Auch dort haben wir uns entsprechend dem Auftrag sehr stark auf die Vorschläge zur Förderung der sprachlichen und mathematischen Kompetenzen konzentriert.

Wenn ich auf das Handlungsfeld 1 – Kita – gehe, so haben wir damit sehr stark die Betonung des Bildungsauftrags verbunden. Uns ist bewusst, dass die Kita einen Erziehungs- und Betreuungsauftrag, ebenso aber einen Bildungsauftrag hat, und dass Berlin, wie die meisten Bundesländer, inzwischen einen Bildungsplan hat, der die Kita explizit berücksichtigt und natürlich Bildungsziele in unterschiedlichen Bereichen formuliert.

Was wir sehr begrüßen und insgesamt einem langsamen Paradigmenwechsel entspricht, ist, dass man ein stärkeres Gewicht auf Fragen der Anbahnung von Bildungsprozessen bereits in der Kita legt und die auch fachspezifisch anbahnt.

Zum Thema Sprachförderung: Mein Lieblingsbeispiel jenseits der Sprachförderung ist das „Haus der kleinen Forscher“ mit seiner Agenda im Bereich der frühen MINT-Bildung, wo Vorläuferfähigkeiten für mathematisch-naturwissenschaftliches Denken angeregt werden. Wir haben hier eine gewisse Entwicklung, einen Paradigmenwechsel. So habe ich zunächst auch unsere Empfehlungen gerade im Kitabereich verstanden. Es geht um die Verbesserung dessen, was wir Prozessqualität oder Interaktionsqualität – zwischen Erzieherinnen und Erziehern auf der einen und Kindern auf der anderen Seite – und Steigerung der Prozessqualität mit Blick auf sprachliche, aber auch mathematische Bildungsprozesse nennen. Wohl gemerkt: alles in spielerischen Situationen. Wir wollen in der Kita keine 45-Minutentaktung im Sinne der Schule, sondern eine wissenschaftsbasierte Diagnostik und dann Förderung haben.

Wir haben breiten Konsens in der Forschung zur frühen Bildung, dass man diese frühen Lerngelegenheiten natürlich anders als in der Schule anbahnt und dass es darum geht, Erzieherinnen und Erzieher dahingehend zu professionalisieren, wie sie solche spielerischen Fördersituationen anbahnen. Wir haben dazu eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, auf die die Senatorin schon eingegangen ist: Es geht um zusätzliche Fachkräfte, die die Kitas bei der Diagnostik von Förderbedarf, aber natürlich dann auch bei der Umsetzung von Förderung unterstützen können, wo es auch um Schulung des pädagogischen Personals vor Ort geht.

Damit ich nicht zu lang werden, vielleicht doch noch mal zum Sprachlerntagebuch: Wir haben nicht empfohlen, es abzuschaffen, sondern es freiwillig zu stellen. Wir haben es deswegen getan, weil solche Instrumente in Hinblick auf die reliable und valide Identifikation von Förderbedarf unheimlich voraussetzungsvoll sind, und es die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas möglicherweise überfordert, damit wirklich zuverlässige Prognosen über die Förderbedürftigkeit der Kinder abzugeben. – Vielleicht so viel zum Kitabereich. Sie haben den Bericht mit den weiteren Maßnahmen, über die wir gerne diskutieren können, ja vor sich.

Wir haben einen deutlichen Schwerpunkt auf die Förderung mathematischer und sprachlicher Kompetenzen im Schulbereich gelegt – Herr Becker-Mrotzek wird dazu sicherlich mehr sagen können –, ganz klar mit der Fokussierung auf Deutsch und Mathematik. Wir haben uns erlaubt, klare Zielvorgaben zu machen, indem wir mit Blick auf die kommenden IQB-Bildungstrends empfohlen haben, dass man sich vonseiten des Senats Ziele setzt, um wie viel Prozent wir die sogenannten Risikogruppen mit einer Perspektive von fünf bis sieben Jahren reduzieren wollen. Die Ziele, die wir gesetzt haben, sind, glaube ich, erreichbar. Wir haben sie so gesetzt, dass man nicht notwendigerweise an ihnen scheitern muss, sondern dass man, wenn man entsprechende Fördermaßnahmen, Förderprogramme auf den Weg bringt, diese erreichen kann. Damit sind ein Umbau in der Schulinspektion – also ein Hinschauen auf den Mathematik- und den Deutschunterricht – und natürlich die Etablierung von Förderprogrammen im Bereich Deutsch und Mathematik für Schülerinnen und Schüler, die vorher identifiziert wurden, dass sie Förderbedarfe haben, verbunden.

Wir haben vor allem im Grundschulbereich solche Programme, die wissenschaftlich evaluiert sind, und von denen wir wissen, dass sie effektiv und effizient sind. Wir haben hierzu Empfehlungen abgegeben, dass man solche Fördermaßnahmen nicht in einer Programmviefalt



nebeneinander laufen lassen, sondern dass das koordiniert stattfinden sollte. Dafür sollte möglicherweise – auch eine Empfehlung – ein Landesinstitut eingerichtet werden, das in diesem Bereich eine Professionalisierung der Lehrerinnen und Lehrer, gerade mit Blick auf Förderung der mathematischen und sprachlichen Fähigkeiten, etablieren sollte. – Das waren im Parforceritt – und ich bin mir bewusst: verkürzt – die Handlungsfelder 2 und 3.

Im Handlungsfeld 4 sind wir noch mal auf die Weiterentwicklung des Systems der Leistungsbewertung und -beurteilung eingegangen. Dort ist die Empfehlung abgegeben worden, die MSA-Prüfungen für die Gymnasiastinnen, Gymnasiasten freiwillig zu stellen, also von einer Verpflichtung abzusehen, weil wir gesehen haben, dass sich bei den hohen Übertrittsquoten an den Gymnasien in die gymnasiale Oberstufe eine Differenzierung aufgrund dieser Ergebnisse nicht so richtig nachweisen lässt.

Ganz wichtig für uns war – ich meine, alle Handlungsfelder waren wichtig, aber von gewisser Brisanz war – das Handlungsfeld 5, angeschaut mit dem Schwerpunkt: Gelingt es uns eigentlich in Berlin in allen Schulformen, die letztendlich den Übertritt in die gymnasiale Oberstufe erlauben, die Schülerinnen und Schüler auf ein Niveau zu heben, dass sie anschlussfähig und erfolgreich in der gymnasialen Oberstufe weiterlernen können? – Wir haben in Berlin durch die Schulstruktureform die Situation, dass in der jetzigen ISS und in den Gemeinschaftsschulen über 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler in die gymnasiale Oberstufe übertreten – vor der Reform waren es aus dem nichtgymnasialen Bereich: 23 Prozent. Das ist mit einem deutlichen Absinken der Leistung, mit der heute die Schülerinnen und Schüler in die gymnasiale Oberstufe übertreten können, verbunden. Wir haben nicht dafür plädiert, den Übergang selektiver zu machen, sondern ganz klar für ein Ertüchtigungsmodell, nämlich sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler gerade in den letzten beiden Schuljahren in der Sekundarstufe I in den Kernfächern durch fachkompetente Lehrkräfte unterrichtet und dann auf den Übergang in die gymnasiale Oberstufe gut vorbereitet werden, und möglicherweise die Nutzung der 11. Jahrgangsstufe für verstärktes Wiederholen der Inhalte der Sekundarstufe I, um dann in die Qualifizierungsphase mit dem nötigen Fundament, das anschlussfähiges Lernen erlaubt, zu gehen.

Wir haben mit umfangreichen Empfehlungen für die Lehrkräfteaus-, -fort- und -weiterbildung abgeschlossen. Die Senatorin ist schon in Teilen darauf eingegangen. Noch einmal der Hinweis, dass die Berliner Hochschulen in ihrer Lehrerinnen- und Lehrerausbildung, gerade in der fachdidaktischen Ausbildung, stärker darauf achten, was die Bedarfe der Lehrerinnen und Lehrer später in den Schulen sind. Das betrifft Fragen der Diagnostik, aber auch der Förderung.

Ergänzend zu diesen Hinweisen, wie man das Studium weiter verbessern kann, haben wir mit Blick auf die Kooperation der ersten Phase mit der zweiten und dritten eine ganze Reihe von Empfehlungen abgegeben. Hierbei möchte ich auf das QuerBer-Programm verweisen, das wir sehr positiv bewertet haben, bei dem wir aber den Eindruck hatten, dass man es weiter verbessern kann, indem solche Programme stärker mit der Hochschule verzahnt werden. – Hier ist wirklich die Aufforderung an die Hochschulen, wie auch an die zuständigen Akteurinnen und Akteure in der zweiten und dritten Phase, in Zukunft diese Kooperation weiter zu stärken.

Zu guter Letzt, damit möchte ich meine Ausführungen abschließen, haben wir den Beirat empfohlen, um den Prozess der Umsetzung der Empfehlungen mit einer kurz-, mittel- und

langfristigen Perspektive zu begleiten. Die Kommission ist sich bewusst, dass man nicht alle Empfehlungen innerhalb von zwölf Monaten umsetzen muss, sondern dass die Umsetzung sicherlich bis in die nächste Legislaturperiode hineingehen wird – sofern man sich entschließt, das umzusetzen –, und dass es klug ist, das durch einen entsprechenden Beirat zu begleiten. – So viel erst einmal und herzlichen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Auch wir danken Ihnen, Herr Prof. Köller, für die Ausführung! – Wir machen weiter mit Herrn Prof. Dr. Becker-Mrotzek. – Sie haben das Wort, bitte schön!

**Dr. Michael Becker-Mrotzek** (Mercator-Institut) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich bedanke mich für die Einladung und will kurz ergänzen, was wir uns für den Bereich der sprachlichen Bildung angesehen und welche Analysen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen wir daraus gezogen haben. Das, was uns in beiden Bereichen, sowohl in Deutsch als auch in Mathematik, aufgefallen ist, ist die erhebliche Diskrepanz zwischen den eingesetzten Mitteln – Herr Köller und Frau Senatorin haben darauf hingewiesen –, die die zweithöchsten Mittel pro Schüler in der Bundesrepublik sind, und der gleichzeitig hohen Zahl – wieder die zweithöchste – an Schülerinnen und Schülern, die die Mindeststandards nicht erreichen.

Bei diesen Mindeststandards handelt es sich nicht um abstrakt gesetzten Normen, die man erreichen kann oder nicht, sondern sie beschreiben die Mindestanforderungen in den Schlüsselqualifikationen Lesen, Schreiben und Rechnen – ganz allgemein ausgedrückt. Wer hier die Mindestanforderungen nicht erreicht, kann weder im Unterricht selbstständig arbeiten, weil er die Texte, die er in allen Fächern zu lesen bekommt, und die Aufgaben, die er schriftlich zu erledigen hat, nicht erfüllen kann. Auch die Teilhabe am öffentlichen Leben – analog wie digital – ist erschwert, weil ohne Lesen, Schreiben und Rechnen in diesen Bereichen nichts geht.

Wir haben daraus die Schlussfolgerung gezogen – das lag schon im Auftrag, den wir bekommen haben –, schwerpunktmäßig darauf zu schauen, wie die Fähigkeiten in Deutsch und Mathematik für diese Risikogruppe verbessert werden können. Unsere Empfehlung lautet: eine Gesamtstrategie durch den Senat und das Land aufzusetzen, die den Fokus darauf setzt, diese Weisungskompetenzen in Sprache und Mathematik zu fördern. Gesamtstrategie heißt, dass die Maßnahmen, die aufgesetzt werden, aufeinander abgestimmt sind, also angefangen vom Schulmonitoring über Maßnahmen zur Schulentwicklung, Lehrerfortbildung, Unterrichtsentwicklung, bis es dann zur Umsetzung in der Praxis kommt, dass es bei den Schülerinnen und Schülern wirklich ankommt. Ein wesentliches Merkmal ist die Verbindlichkeit, das heißt, dass die Schulen, an denen bezogen auf die Schule solch ein Förderbedarf festgestellt wird, verbindlich darauf festgelegt werden, sich hier zu engagieren.

Konkret empfehlen wir, die Basiskompetenzen – bezogen auf das Fach Deutsch: die Lesekompetenz und damit gleichzeitig die basalen Schreibkompetenzen – zu stärken. Hierfür gibt es bewährte Konzepte, die relativ kurzfristig zu Erfolgen führen. Neben der Tatsache, dass es sich um Schlüsselqualifikationen handelt, ist es ein weiterer Grund für diese Programme, dass sie relativ schnell zu Erfolgen bei den Schülerinnen und Schülern führen, was die Anstrengungsbereitschaft, die mit der Implementation solcher Konzepte immer verbunden ist, aufseiten der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrkräfte erhöht.

Herr Köller hat schon angesprochen, dass wir gesagt haben, dass der Anteil derjenigen, die in den Bildungstrends und den zentralen Lernstandserhebungen VERA auffallen, deutlich reduziert werden sollen. Wir haben round about 5 Prozentpunkte angesagt, die man in den nächsten fünf Jahren versuchen sollte anzugehen. Das ist machbar, aber kein Selbstläufer. Es ist dafür wirklich notwendig, dass diese Gesamtstrategie umgesetzt wird und wir ein Maßnahmenpaket haben, das zusammenpasst. Um noch mal ein Beispiel nennen: Das Zentrum für Sprachbildung in Berlin – das ZeS – macht sehr gute Angebote für den Bereich der Sprachförderung, allerdings können durch die begrenzten Mittel, die hier zur Verfügung stehen, immer nur relativ wenige Lehrerinnen und Lehrer teilnehmen. Das ist damit gemeint. Wenn man Schulen identifiziert und verpflichtet, in diesem Bereich tätig zu werden, dann müssen dafür die Kapazitäten da sein, dass Fortbildungen und die entsprechende Schulberatung sichergestellt werden können. – So viel von meiner Seite zum Bereich Sprache.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Vielen herzlichen Dank, dass Sie auch die Uhr im Blick hatten, Herr Prof. Becker-Mrotzek! – Jetzt machen wir mit Herrn Bèkèsi weiter, der uns auch digital zugeschaltet ist. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Lars Bèkèsi** (Verband der kleinen und mittelgroßen Kitaträger –VKMK – e. V.; Geschäftsführer) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Liebe Abgeordnete! Der Verband der kleinen und mittelgroßen Kitaträger ist die Heimat für 75 Sozialunternehmer, die berlinweit täglich in 185 Einrichtungen vielfältige pädagogische Angebote vorhalten. Mein Name, wie gerade gesagt: Lars Bèkèsi. Ich spreche in der Funktion als Geschäftsführer des Verbands zu Ihnen. Heute beschäftigen Sie sich mit dem Köller-Positionspapier oder Abschlussbericht. Gerne werde ich im Namen unserer Mitglieder und Kitaträger eine Einlassung zu diesem wichtigen Thema vornehmen und stehe im Anschluss für Ihre Fragen zur Verfügung.

Im Namen unserer Kitaträger bedanke ich mich im Voraus ausdrücklich bei der Senatorin, dass sie eine solche Expertenkommission einberufen hat und somit weitere wichtige Schritte zur Verbesserung der bestehenden Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung in Berlin angestoßen hat!

Berliner Kindertageseinrichtungen sind die ersten Bildungseinrichtungen. In ihnen sollen die Kinder die bestmöglichen Entwicklungen und in dem Sinn Förderungen erfahren, und zwar in ihren kognitiven, motorischen, sozialen, sprachlichen, symbolischen und mathematischen Fähigkeiten. Ein Schwerpunkt war und sollte es sein, dass sie sich mit den sprachlichen und mathematischen Fähigkeiten auseinandersetzen. Kurzum: Wir können zusammenfassend sagen: Die Kindertagesstätten von Berlin sollen das Fundament sein, um einen erfolgreichen Verlauf in der zukünftigen Bildungskarriere vorzunehmen.

Für eine wirksame Bildungsarbeit am einzelnen Kind ist die Passung zwischen dem individuellen Entwicklungsstand und den Rahmenbedingungen unabdingbar. Eine solche in Maßen differenzierte Förderung jedes einzelnen Kinds bedarf einer hohen pädagogischen sowie strukturellen Qualität. In den bisherigen Strukturen, Fortbildungsmöglichkeiten und dem eingebrachten Berliner Bildungsprogramm gibt es zwischen dem, was man erreichen will und was man erreicht hat, noch eine Diskrepanz. Wir sind zukünftig 190 000 Kinder. Kurzum: Berlin muss, um die angestrebten vielfältigen Bildungsziele zu erreichen, eine neue oder eine noch geschärfte Gesamtstrategie entwickeln, in der alle Maßnahmen Zahn in Zahn ineinandergreifen und den Bildungserfolg für die Kinder erfolgreich sicherstellen.

Jedes der beiden Bildungskonzepte unserer Mitglieder wird durch das Prinzip der ganzheitlichen Förderung gedeckt. In allen Einrichtungen findet ab dem ersten Tag eine umfassende frühkindliche Bildungsarbeit statt. Es ist mir besonders wichtig zu sagen, dass es ein Gesamtkonzept ist und nicht an einzelnen Punkten fest zu machen ist. Bezugnehmend auf den Abschlussbericht wurde das Handlungsfeld 1 – Prof. Köller hat es schon ausgeführt – „Frühe Bildung“ benannt. Aufgrund der Kürze, die dort ... [unverständlich] benannt werden und aufgrund meiner Kürze der Zeit und dem anschließenden Lüftungssystem für Sie, werde ich nur ein, zwei, drei Punkte herausgreifen, damit wir danach noch mehrere Fragen beantworten können.

Damit jedes Kind einen guten Eintritt in die Grundschule erreichen kann, ist aus unserer Sicht eine Fokussierung auf die kurzfristigen Maßnahmen zum Anfang von Relevanz. Es geht uns dabei um die Strukturqualität. Die wird im Wesentlichen durch politische oder finanzielle Rahmenbedingungen bestimmt. Der Fachkraft-Kind-Schlüssel, die formellen Vorgaben zur Qualifikation an die pädagogischen Fachkräfte, sei erwähnt. Genau hier sehen wir eine der

größeren Herausforderungen. Insbesondere der tägliche, abrufbare Personal-Kind-Schlüssel ist eine wesentliche Komponente für eine erfolgreiche Bildungsarbeit. Hier gibt es eine erhebliche Diskrepanz. Das bedeutet, dass in dem Berliner Kitaalltag die Einrichtungen und deren Leitungen mit einem größeren Fachkräftemangel oder Engpass konfrontiert sind. Dieser begründet sich daraus, dass die mittelbare pädagogische Arbeit – jene zwingend erforderliche Zeit für die Elternzusammenarbeit, die Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit, die Dokumentation, die Diagnostik, was ja schon angesprochen wurde, die Qualitätsentwicklung, die Ausfallzeiten für Fortbildung, Krankheit und Erholungsurlaub der Fachkräfte – nicht vollumfänglich in die Bestimmung des Personal-Kind-Schlüssels einbezogen wurde. Folglich sehen sich diese Kindertageseinrichtungen mit ihren Leitungen täglich systembedingt gezwungen, diesen Engpass oder Mangel an Fachkräften durch die Umwidmung der ohnehin schon spärlich bemessenen mittelbaren pädagogischen Arbeit als Auffüllmasse zu verwenden und diese Zeiten da miteinzubringen.

Daraus ergeben sich für uns als VKMK folgende zwingende Maßnahmen: Die mittelbare pädagogische Arbeit bedarf einer klaren Aufschlüsselung. Als Vorbild sollte die Schule genommen werden, wo es für die Kontaktstunden und Differenzierungen klare Benennungen und vor allen Dingen eine vollumfängliche Anrechnung im Personalschlüssel gibt. Uns ist natürlich bewusst, dass die Senatsverwaltung fortwährend Anpassungen vornimmt, aber dieser Weg muss aus unserer Sicht deutlich schneller vorangehen.

Das besondere Kita- oder das besondere Coronajahr hat uns gezeigt, dass die Verwaltungsaufgaben, die die Kitaträger mit ihren Fachkräften noch zusätzlich stemmen müssen, eine weitere Herausforderung ist. Die Besonderheit Berlins ist zusätzlich, dass die Kitalandschaft zu zwei Dritteln von kleineren Kitaträgern, das heißt Kindereinrichtungen unter 75 Plätzen, geprägt ist. Noch mal deutlicher: Ein Großteil, nämlich 50 Prozent aller Kitaplätze, werden von Trägern betrieben, die weniger als 45 Kinder haben. Das merkt man dann daran, dass kleinere Einrichtungen personelle Engpässe deutlich stärker spüren und dann qualitativ hochwertige Arbeit weniger oder schlechter erbringen können.

Folglich ist unsere zweite Schlussfolgerung in Bezug auf das Handlungsfeld der Köller-Kommission: Eine echte Entlastung der Fachkräfte von den stets anwachsenden Verwaltungsaufgaben sehen wir als zwingend erforderlich. Das müsste gerade in dem Kleinstbereich erfolgen. Eine Möglichkeit wäre die Herabsetzung dieses bestehenden Schlüssels der Freistellung von 1 : 85 auf 1 : 45, um der Besonderheit Berlins Rechnung zu tragen.

Ein weiterer Punkt ist im Rahmen des Abschlussberichts aufgeworfen: Verbesserungsvorschläge für die Aus-, Fort- und Weiterbildung. Da wir eine knappe Zeitressource haben, möchte ich nur zwei ganz wesentliche Dinge skizzieren, und zwar ist der Kitaalltag davon gezeichnet, dass wir häufig feststellen, dass die Mitarbeiter ein größeres Paket an unterschiedlichen Defiziten in ihren Arbeitsalltag hineinbringen. Das begründet sich daraus, dass zum Beispiel Berufseinsteiger in den Ausbildungsphasen hinsichtlich Elterngespräche nicht mehr hinreichend geschult werden. Das müssen die Kitaträger dann selbstständig zusammen mit den Leuten nacharbeiten.

Ein weiterer Punkt ist, dass es ein einheitliches Arbeiten in den Fachschulen nach den Rahmenbedingungen nicht gibt. Ich habe es sehr wohl wahrgenommen, dass Frau Scheeres schon sagte, dass jetzt in der Pressemitteilung steht, dass man da noch mal eine Veränderung vor-

nehmen möchte, aber unsere Botschaft, dieser rote Grundleitfaden sollte trotz allem hier sein: Das Berliner Bildungsprogramm sollte eine enge Verzahnung für alle Lernbereiche jederzeit tatsächlich wiederfinden und nicht nur punktuell, wie es teilweise in einzelnen Fachschulen als kurze Projektzeit von zwei oder drei Monaten ist.

Daraus erfolgt im Bereich der erzieherischen Ausbildung, dass faktisch die praktische Arbeit im Vordergrund stehen sollte. Wir möchten als Kitaträger, dass sie tagtäglich für den Alltag fit sind, dass sie gut und ganzheitlich ausgebildet sind und unterschiedliche Fähigkeiten mitbringen können. Deswegen sehen wir eine wichtige Maßnahme darin, dass man den praktischen Anteil in den Einrichtungen erhöht, und dass man bei der Prüfungsleistung die praktische Gewichtung und nicht die theoretische vornimmt. Wir brauchen in der Kita Menschen, die gut mit Kindern arbeiten können und nicht nur durch theoretische Arbeiten glänzen.

Über den Bereich der Evaluation möchte ich gern sagen, dass uns aus Sicht der VKMK eine Nachjustierungen sehr wichtig ist. Gerade im Sinne der Qualität möchten wir, dass die Kitaleitungen als ausgebildete, zusätzliche interne Evaluation mit Evaluatorinnen und Evaluatoren zur Verfügung stehen. Das bedeutet, wenn an der Spitze des Teams mehr Tiefe des Bildungsprogramms durch diese Kitaleitung vorhanden ist, kann sie ihre Mitarbeiter gut an die Hand nehmen und mit weiter-, aus- und fortbilden. – Das wäre ein Aspekt.

Ich glaube, es ist unstrittig – denn es geht ja heute um die Förderung der jüngsten Kinder, um Spracherwerb, denn das ist die entscheidende Kompetenz –, dass eine der pragmatischen Lösungen wäre, dass man den derzeitigen Teilbereich der Sprachförderung für Kinder mit nicht-deutscher Herkunft – – Es gibt da die Systematik, dass man die 40-Prozent-Quote erfüllen muss, dann gäbe es zusätzliches Geld, folglich hätte man dann etwas mehr Personal, was tatsächlich im Kinderalltag vorhanden ist –

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Sehr geehrter Herr Bèkèsi, darf ich Sie nach neun Minuten um Straffung bitten?

**Lars Bèkèsi (VKMK)** [zugeschaltet]: Ich dachte, ich bin noch in der Zeit. Es tut mir leid. Ich beginne schneller zu werden. Herzlichen Dank! – Abschließend geht es mir noch um den Übergang Kita – Grundschule. – Das möchte ich doch noch in der Schnelle erwähnen. Ich arbeite mich dann schneller durch. – Es geht letztendlich darum, dass wir das Problem sehen und haben, dass die Kooperation und Zusammenarbeit mit den Grundschulen sehr schwierig ist, weil es viele sehr kleine Träger gibt, die nur ein, zwei Kinder für die Vorschule haben, und da eine deutliche Verbesserung aus unserer Sicht seitens der Schule erfolgen muss.

Last but not least möchte ich, damit uns die Zeit nicht wegrennt, nur noch zusammenfassend sagen: Ich danke Ihnen fürs Zuhören, werde die anderen Dinge außen vorlassen und stehe gerne für Fragen zur Verfügung. Es tut mir leid, dass ich die Uhr aus dem Blick verloren habe. – Danke für Ihre Zeit!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Dafür sind wir da, Herr Bèkèsi. Wir danken Ihnen auch herzlichst! – Bevor wir in die Lüftungspause gehen, möchte ich ganz kurz in den Multiraum sagen, falls da noch Journalisten sein sollten: In diesem Raum gibt es figur-gerechte, vorweihnachtliche, hausgemachte, abgepackte Kekse zu verschenken. Kommen Sie

doch kurz rein, holen Sie sich eine kleine Tüte und gehen wieder raus! Jetzt haben wir die Pause.

[Lüftungspause von 16.10 bis 16.30 Uhr]

Herr Professor Dr. Maaz, sind Sie uns zugeschaltet?

**Dr. Kai Maaz** (DIPF Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation; geschäftsführender Direktor) [zugeschaltet]: Ich bin Ihnen zugeschaltet.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wunderbar! Dann starten wir, und Sie haben das Wort. Bitte schön!

**Dr. Kai Maaz:** (DIPF Leibniz-Institut) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Ich kann mich meinen Vorrednern nur anschließen. Sie werden jetzt in meiner kurzen Stellungnahme nicht etwas grundsätzlich anderes hören als das, was meine Kollegen, Olaf Köller und Michael Becker-Mrotzek, schon genannt haben. Ich möchte versuchen, es sehr kurz zu fassen und im Prinzip nur auf zwei Aspekte eingehen.

Der eine Aspekt – auf den ist Olaf Köller in seiner Einführung schon eingegangen –, das, was wir oftmals im Schulkontext sichtbar machen, dort als Problemlagen erkennen und als Herausforderung identifizieren, nimmt seinen Ursprung nicht erst in der Schule, sondern schon in früheren Bildungsbereichen, deshalb möchte ich ausdrücklich an dieser Stelle auf das Handlungsfeld 1 hinweisen, dass da wirklich die Weichen gestellt werden können und da viel Potenzial liegt, gerade bei der Förderung sprachlicher und mathematischer Kompetenzen, wie sie dann in der Schule zum Standard werden und entsprechend getestet werden. Insofern sind die Empfehlungen, die wir hier in diesem Handlungsfeld gemacht haben, meines Erachtens, wirklich von zentraler Bedeutung, auch wenn sie nicht den Kern des Schulsystems betreffen.

Ich möchte auf einen zweiten Punkt eingehen – auch den hatte Herr Köller schon adressiert – und möchte hier beispielhaft noch einmal das Handlungsfeld 5 herausnehmen. – Warum das Handlungsfeld 5: „Standardsicherung beim Übergang in die Sekundarstufe II“? – Die sechs Handlungsfelder, die wir bearbeitet haben und zu denen die Empfehlungen vorliegen, stehen zum einen für sich. Jedes Handlungsfeld ist in sich zunächst rund und geschlossen, und man kann mit den Empfehlungen in den jeweiligen Handlungsfeldern arbeiten. Beim Handlungsfeld 5 kumulieren sich aber meines Erachtens die anderen Handlungsfelder in einer besonderen Weise, weil sich hier das, was dort sichtbar wird, als Herausforderung stellt und letztendlich auf Empfehlungen und Herausforderungen, wie wir sie in den Handlungsfeldern 2, 3, 4 und 6 thematisiert haben, rückzuführen ist. Das halte ich für besonders wichtig.

Warum ist inhaltlich Handlungsfeld 5 meines Erachtens besonders wichtig? – Aus zwei Gründen – und dabei möchte ich es dann mit dieser kurzen Stellungnahme belassen –: Die Frage der Standardsicherung, der Qualitätssicherung, insbesondere beim Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II, ist so etwas wie die Achillesferse des Schulsystems, wenn es um Flexibilisierung, Öffnung, Durchlässigkeit von Bildungswegen geht. Es wurde schon die Strukturreform, die Berlin vor einigen Jahren initiiert und durchgeführt hat, angesprochen. Zentrale Ziele waren unter anderem: Bildungswege flexibler zu gestalten, den Bildungserfolg von Merkmalen der sozialen Herkunft zu entkoppeln.

Das sind alles richtige Ziele, und an den Zahlen, die Herr Köller kurz erwähnt hat, kann man nachzeichnen, dass diese Ziele auch durchaus erreicht werden können. Aber diese Zielerreichung devaluiert sich sozusagen, wenn diese nicht an bestimmte Standards gekoppelt ist.



Wenn wir nur den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die den Übergang in die Oberstufen realisieren, erhöhen, ohne dass die Standards dahinter abgesichert sind, dann ist das meines Erachtens nicht nur ein großes Qualitätsproblem, sondern ein Strukturproblem. – Deswegen finde ich dieses Handlungsfeld an der Stelle besonders wichtig und möchte es noch mal hervorheben.

Der zweite Grund, warum ich es für wichtig halte, lässt sich möglicherweise anhand der aktuellen Diskussionen, die wir rund um Corona – Sie haben das ja später noch auf der Tagesordnung – immer wieder hören: Eine Problemlage, auf die Corona verstärkt hingewiesen hat, ist ein altes Problem, nämlich das der sozialen Ungleichheiten im Bildungssystem. Auch hier ist meines Erachtens wichtig: Wenn es darum geht, soziale Ungleichheiten gerade an den entscheidenden Gelenkstellen von Bildungsverläufen abzubauen, dann geht es nicht nur darum, Durchgangszahlen und Übergangsquoten zu verändern, sondern darum, dass diese Veränderungen immer angepasst sind und an entsprechende Standards, die es für diese Übergänge gibt, grundgelegt werden. Deshalb sind die Empfehlungen, die wir für das Handlungsfeld 5 gemacht haben, aus dieser Perspektive möglicherweise von besonderer Bedeutung – und zum anderen, weil sich hier die Handlungsfelder 2, 3, 4 und 6 kumulieren. – Herzlichen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Dank zurück, Herr Prof. Dr. Maaz! – Jetzt machen wir weiter mit Frau Siebernik. – Sie haben das Wort, bitte schön!

**Doreen Siebernik** (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – GEW –; Vorsitzende) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Auch von mir herzlichen Dank für die Einladung! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich will in der kurzen Zeit versuchen, für die GEW einen Blick auf alle Bildungsbereiche zu werfen, denn wir vertreten die Pädagoginnen und Pädagogen und sind mit über 30 000 Mitglieder tatsächlich die mitgliederstärkste Interessenvertreterin der Pädagoginnen und Pädagogen in dieser Stadt.

Ich will mich der zu Beginn vorgetragenen Kritik anschließen: Auch wir waren sehr verwundert, dass es heute früh aus Ihrem Haus, Frau Scheeres, die Presseerklärung gab, denn wir hätten uns zunächst noch einen vertieften Austausch gewünscht. Ich möchte das an zwei Stellen festmachen: Heute zu verkünden, der MSA wird an den Gymnasien sozusagen wegfallen – da will ich einen anderen Blickwinkel hineinbringen. Ich kann dem, dass der MSA – wie auch von Herrn Professor Köller formuliert – als Diagnoseinstrument keinen Mehrwert hat, zustimmen, aber der MSA am Gymnasium ist ein Schulabschluss. Wir wissen, dass 25 Prozent der Gymnasiasten im Fach Mathematik die Prüfung zum MSA nicht besteht. Ich möchte an der Stelle daran erinnern: Wann wurde der MSA in Berlin eingeführt? – Er wurde damals mit dem Blick auf die große Katastrophe in Erfurt, dem Amoklauf, eingeführt. Der Schüler hatte damals die 11. Klasse abgebrochen, hatte keinen Schulabschluss und war ziemlich perspektivlos. – Das sei mir als Vorwort genehmigt.

Ich schließe mich der Bewertung von Herrn Békési an, was die frühkindliche Bildung angeht, und will das in Teilen jetzt gar nicht vertiefen. Ich möchte aber zwei Anmerkungen an der Stelle machen: Die Fokussierung in der frühkindlichen Bildung auf Sprache, Mathematik und Selbstregulation – frühkindliche Bildung passiert nicht fächerorientiert. Die Kinder in dieser Altersphase lernen sehr ungleich und nicht gleich schnell. Insofern ist der verbindliche Einsatz von Poolboxen an der Stelle tatsächlich wichtig, aber in der Art und Weise können diese nicht als strukturierte, pädagogische Einheiten eingeführt werden, die dann an der Stelle

für alle gleich laufen. Auch bei dem Begriff der frühen Testung in der Kita möchte ich den Schwerpunkt darauf legen, dass es in dieser Lernphase der Kinder darauf ankommt, dass wir Beziehungsarbeit leisten und dass wir beobachten. Qualifizierte Beobachtungsprozesse müssen vor der Testung erfolgen. Wir haben dazu eine umfassende Stellungnahme abgegeben.

In unseren Fachkreisen in unserer Organisation sind viele Erzieherinnen und Erzieher ein Stück weit über das offensichtlich zutage kommende Misstrauen ihnen gegenüber, was ihre fachlichen Kompetenzen anbelangt, erschüttert, dass hier so sehr der Fokus auf Fortbildung, Fortbildung gelenkt wird. Sie fühlen sich an der Stelle nicht wertgeschätzt und nicht gesehen, was dort läuft.

Ich möchte zwei Gedanken zur Lehrkräfteausbildung ausführen: Die Kommission sieht ebenso wie wir die Mängel in der Kooperation zwischen den Universitäten und dann der zweiten Phase – dem Vorbereitungsdienst –, dass zwischen den Akteuren in der Lehrkräfteausbildung wenig Vernetzung stattfindet. Es werden jedoch – und das kritisieren wir an dem Abschlussbericht – keine deutlichen Konsequenzen gezogen. Es gibt keine wirklichen Vorschläge zur gesamten Steuerung hin zur Kooperation der benannten Akteure im Bereich der Lehrkräfteausbildung.

Positiv [sic!] schätzen wir die – und die Kommission hat es an der Stelle ähnlich beurteilt – zu geringe Beteiligung der Universitäten an der Ausbildung, insbesondere der Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen, ein, vor allem inhaltlich: Es gibt zu wenig Fachdidaktik, keine Anpassung an die KMK-Standards, fehlende Einbindung der Unidozenten. Dieser Kritik schließen wir uns hier ausdrücklich an. Als GEW haben wir sehr frühzeitig das Lehrkräftebildungsgesetz, das 2014 implementiert wurde, sehr kritisch mitbegleitet. Insofern ist es dann erstaunlich, dass diese Vernetzungsarbeit, von der wir alle miteinander dringend wissen, jetzt nicht so deutlich in den Empfehlungen der Kommission herausgearbeitet wurde. Und dass das Referendariat in seiner Rolle, in seiner Stellung als zweite Ausbildungsphase gar nicht betrachtet wurde, vermerke ich auch mit einem deutlichen Fragezeichen.

Dann seien mir bitte noch drei Gedanken zur Schule erlaubt: Ich möchte deutlich kritisieren, dass es im gesamten Verlaufsprozess zu wenig Beteiligung von Menschen aus der Praxis gab, die Praktikerinnen und Praktiker, die Pädagoginnen und Pädagogen, die Lehrkräfte, die in der Schule tätig sind. Aus unserer Sicht ist die Definition von Schulqualität nicht in einem gemeinsamen Verständnis entwickelt worden, weil wir sagen: Die Sicht der Pädagoginnen und Pädagogen fehlt. Sie ist viel komplexer. Es wird sich an normativen Vorstellungen von Schule, an Messbarkeit von Bildung, an Vergleichsarbeiten, an Leistung orientiert. Und wir fragen deutlich: Wo ist der Bildungsauftrag? – Herr Köller hat es in seinem Statement als dritten Auftragspunkt für den Auftrag der Kommission benannt: die sozialen Ungleichheiten mithilfe von Maßnahmen reduzieren und Wege aufzuzeigen, wie das reduziert werden kann.

Die Inklusion und der Ganzttag wurde durch die Kommission in den Handlungsfeldern nicht betrachtet. Das, was unsere Schule in Berlin ausmacht, was die Herausforderungen sind, spielt nicht wirklich eine Rolle, obwohl es bildungspolitisch als zentrale Entwicklungsfelder formuliert wurde. Die Berichte geben darauf keine Antwort, wie inklusive Schule mit dem Anspruch auf Individualisierung und Differenzierung im Kontext Qualität umgesetzt werden kann.

Abschließend möchte ich trotzdem noch einige positive Dinge hervorheben und mit dem Wunsch verbinden: Wir wollen uns beteiligen. Ich möchte noch mal das Unverständnis darüber zum Ausdruck bringen, Frau Scheeres: Gestern ist ein neuer Beirat zur Digitalisierung, heute zur Qualität ins Leben gerufen worden, und es sind keine Praxiskolleginnen und -kollegen dabei. Wir sind nicht gefragt worden, ob wir Teil der Beiräte sein wollen.

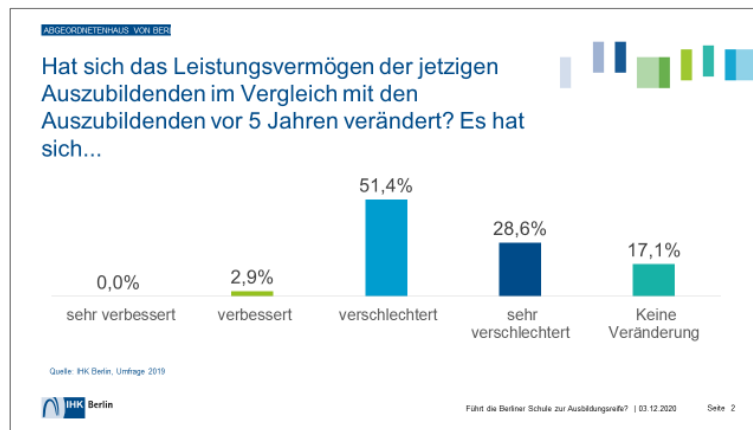
Positiv hervorheben möchte ich die Reduzierung des fachfremden Unterrichts und die Verbesserung bei der Steuerung und der Rolle der Schulaufsicht. – Ohne Ihre Presseerklärung hätte ich heute deutlich gesagt: Die Schaffung dieser Bildungskommission zur Begleitung der Prozesse, zur weiteren Analyse der Probleme ist tatsächlich ein wichtiges Instrument, aber wir sind leider nicht dabei. – Die Bündelung von Fortbildung ist natürlich auch wichtig und richtig. Es ist kein neues Thema, das hat Frau Scheeres zu Beginn gesagt. Wichtig ist nur, daran möchte ich erinnern: Es sind alles beteiligungspflichtige Tatbestände. Die Personalräte wollen hier mitreden und möchten in diesem Prozess frühzeitig informiert und begleitet sein. – Ich will an der Stelle schließen und danke erst mal soweit für die Einladung!

**Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner:** Danke auch an Sie, Frau Siebernik! – Wir machen mit Frau Theede, präsent im Raum, weiter. – Ich glaube, Sie haben eine Präsentation dabei. Bitte schön, Sie haben das Wort!

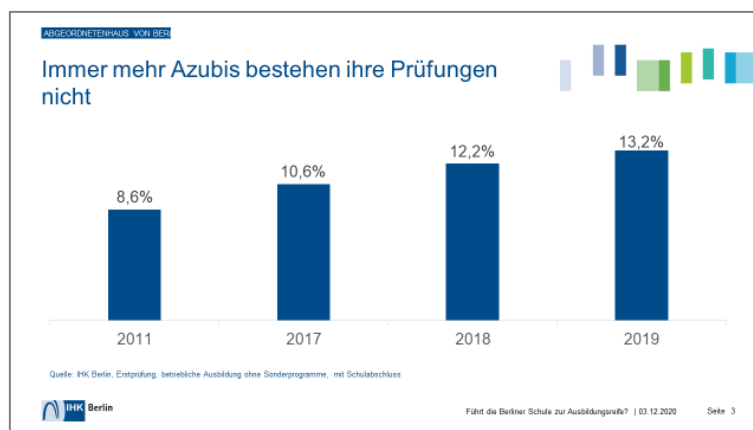
**Sandra Theede** (Industrie- und Handelskammer zu Berlin): Vielen Dank für die Einladung! Vielen Dank, dass ich heute hier in Präsenz sein darf. Das war für mich auch ein Erfahrungswert aus August, wo das nicht geklappt hat, sodass ich heute dachte: Dann melde ich mich doch vor Ort und komm mit dem Bus hierher!



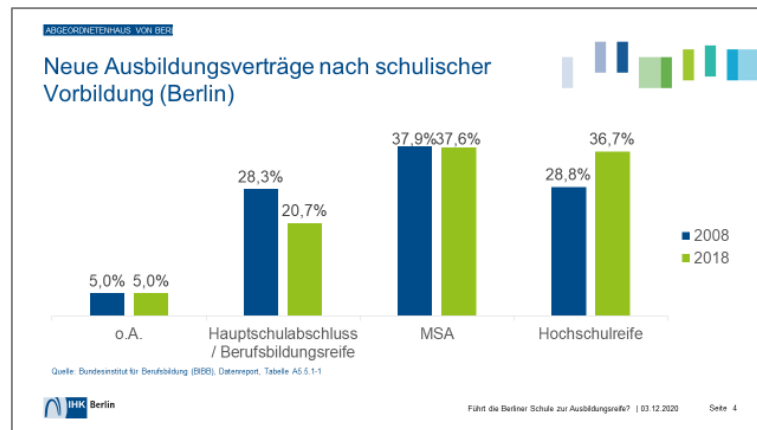
Ich habe ein paar Zahlen mitgebracht. Ich möchte die fünf Minuten nutzen, um zu sagen, wo wir da die Wirtschaft sehen. Wir haben jetzt ein paar Mal Übergang in die Sekundarstufe II gehört, aber wir haben auch einen direkten Übergang in die Ausbildung, wo wir dann das Thema Schulqualität für die Ausbildungsbetriebe und für die Unternehmen haben.



Ich habe letztes Jahr eine Umfrage durchgeführt. Es ging dabei um die Fragen: Was denkt der Ausbildungsbetrieb über die Berliner Schulen hinsichtlich der Ausbildungsreife? Und wie lässt sich das Leistungsvermögen der Auszubildenden einschätzen? – Sie sehen hier, dass über 51 Prozent den Eindruck haben, dass es sich verschlechtert hat. Keiner hat gesagt: Es hat sich verbessert. – Da habe ich gedacht: Gut, das ist ja immer noch eine Gefühlslage, wie könnte ich das in tatsächlichen Zahlen abbilden? – Ich habe mir die Prüfung angeschaut.

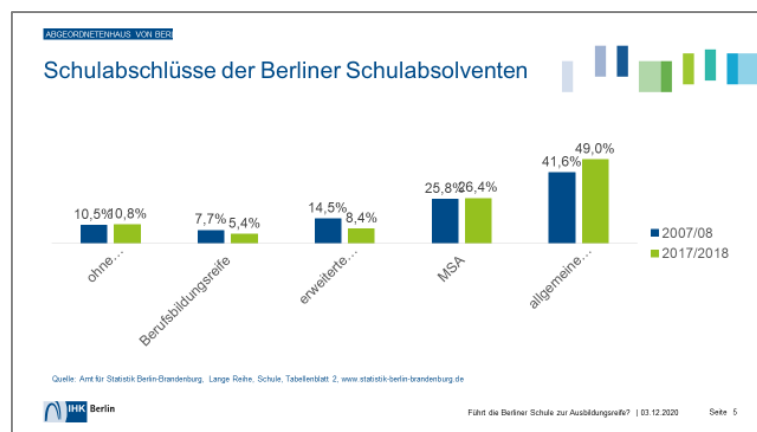


Sie sehen hier die Erstprüflinge, also die, die das erste Mal eine betriebliche Ausbildung durchlaufen haben, das erste Mal an einer Prüfung teilnehmen, Sonderprogramme sind nicht dabei. Alle, die Sie hier sehen, haben einen Schulabschluss und davon diejenigen, die ihre Prüfungen nicht bestanden haben. Seit 2011, also knapp nach der Schulstrukturreform, haben wir eine Steigerung um 5 Prozent, die die Prüfung nicht bestehen. Wenn man sich die einzelnen Schulabschlüsse anschaut, ist der größte Teil tatsächlich der MSA, der von 8 Prozent auf 16 Prozent angestiegen ist. Das heißt: Schule hat natürlich eine Auswirkung indirekt und direkt auf die Ausbildung und das Leistungsvermögen der Auszubildenden.



Ich habe Ihnen auch die Zahlen für die Ausbildungsverträge nach der schulischen Vorbildung mitgebracht: 2008 zu 2018, weil das die offiziellen Zahlen vom Bundesinstitut für Berufsbildung für Berlin aus der Statistik sind. Sie sehen, dass die Abiturienten deutlich zugenommen haben, der MSA ist gleich geblieben, der Hauptschulabschluss beziehungsweise die Berufsbildungsreife hat abgenommen, ohne Abschluss: 5 Prozent.

Jetzt könnte man sagen, dass ich das deshalb aufgeführt habe, weil gesagt wird, der Run auf das Abitur entsteht dadurch, dass es mehr Chancen bringt und die Unternehmen nur noch Abiturienten haben möchten. – Das möchte ich widerlegen, auch wenn das jetzt hier nicht den Anschein hat, aber die Unternehmen folgen quasi dem Schülermarkt.



Sie sehen hier einmal die Zahlen, die in dem Jahr die Abschlussjahrgänge gemacht haben, und zwar haben Sie die Berufsbildungsreife und die erweiterte Berufsbildungsreife. Die sind beide deutlich zurückgegangen. Der MSA ist ungefähr identisch geblieben, und das Abitur hat um 8 Prozent zugenommen. Das heißt, die Ausbildungsverträge in Berlin spiegeln auch die Abschlusszahlen der Schüler wider.

Was jetzt die Ergebnisse der Köller-Kommission angeht, freuen wir uns besonders darüber, dass Mathe und Deutsch in den Blickpunkt genommen wurden, denn das ist ein Kernproblem, das uns die Betriebe immer wieder neben den sozialen Skills, wie Belastungsfähigkeit und Leistungsmotivation, melden. Wir würden uns wünschen, dass wir bei dem Aufwuchs an Abiturienten – dem Run –, der vielleicht weiter anhält, verpflichtende Angebote zur Berufs- und

Studienorientierung an Gymnasien bekommen. Denn Sie haben gerade gesehen: Über 40 Prozent unserer Verträge in Berlin sind Abiturienten. Das heißt, die duale Ausbildung führt nicht nur eins zu eins ins Studium, sondern sie führt auch in die Ausbildung. Das heißt, da müsste eine entsprechende Orientierung verpflichtend stattfinden.

Wir wünschen uns auch – das ist heute noch nicht zur Sprache gekommen, ist aber, glaube ich, ein Thema im Bericht –, dass die Anschlussquote in Ausbildung und Studium mit ein Qualitätskriterium für die Schulen wird, das heißt: Wie viele Schüler gehen direkt in die Ausbildung oder in ein Studium?

Zu guter Letzt habe ich noch das Thema, das uns auch wirklich bewegt. Hinsichtlich der Zugangsberechtigung der Sekundarstufe haben wir Folgendes festgestellt: Die Jugendlichen kriegen sie eigentlich erst am letzten Tag, wenn das Zeugnis ausgegeben wird. Es gibt ganz viele Jugendliche, die nur auf diesen Plan fokussiert sind und sich noch nicht innerlich mit einem Plan B – einer dualen Ausbildung oder mit dem, was passiert, wenn sie nicht in diese Oberstufe wechseln können – beschäftigt haben. Das macht sich auch an den Zahlen bemerkbar, wann sie sich bei der Jugendberufsagentur melden: 13 Prozent melden sich erst im Juli, August, September. Das heißt: Über 1 000 Jugendliche melden sich erst in den Sommerferien und später, dass sie eine Ausbildung für den 1. September suchen. Das ist natürlich etwas knapp. Dann kann man nicht mehr richtig gegensteuern.

Wir wünschen uns, dass man, wenn Sie jetzt sowieso darüber nachdenken, wie man den Übergang in die Sekundarstufe II gestalten kann, überlegt, schon das Halbjahreszeugnis mit ins Spiel zu bringen, damit die Jugendlichen rechtzeitig wissen, wie realistisch ihre Chance ist, und nicht erst in den Sommerferien ein Ergebnis haben und dann anfangen zu überlegen, ob es klappen könnte oder nicht. – Das war es von mir. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Auch Ihnen ein herzliches Dankeschön, Frau Theede! – Ich guck mir jetzt die Redeliste an: Wir haben darauf sieben Abgeordnete. Wenn jeder drei Minuten redet, sind es 21 Minuten, wenn jeder vier Minuten redet – jetzt haben wir den achten Redner dazu –, dann sind es 32 Minuten. Können wir uns auf vier Minuten Redezeit einigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil der Abschlussbericht beide Bereiche – sowohl Kita als auch Schule – hat? – Die Anzuhörenden müssen zu den Fragen auch noch eine Stellungnahme abgeben. Ansonsten sprengen wir hier den Rahmen. Ich bitte Sie, sich an die vier Minuten zu halten. – Selbstverständlich wird die Liste länger, desto mehr werde ich auf die vier Minuten achten. – Wir fangen mit Frau Seidel an. – Bitte schön!

**Katrin Seidel (LINKE):** Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Expertinnen und Experten, die uns in der Anhörung dargelegt haben, was sie in den letzten Wochen und Monaten erarbeitet haben! Herzlichen Dank für die Arbeit der Kommission und die Empfehlungen, aber auch für die aktive Mitarbeit der Praxisbeteiligten und für die vorliegenden Stellungnahmen, die sich umfassend damit auseinandersetzen!

Ich möchte gerne im Einzelnen zu den Empfehlungen nachfragen, weil wir jetzt nicht so viel Zeit haben. Ich sehe das so, dass die Umsetzung der Empfehlungen für den Kitabereich tatsächlich weitreichende Folgen hätte, wenn wir das so machen würden. Aber ich gehe davon aus, dass wir den fachlichen Diskurs heute nicht beenden, sondern diesen mit den Menschen, die sich in der Stadt Gedanken gemacht haben, weiterführen werden. Er enthält Empfehlun-

gen, die auf die Schaffung einer besseren Fachkraft-Kind-Relation und auf mehr mittelbare pädagogische Arbeit zielen. Das unterstützen wir natürlich, und da werden wir den eingeschlagenen Weg weitergehen – keine Frage!

Es sind aber noch weitere Empfehlungen da, auf die ich eingehen möchte, zum Beispiel zum Übergang Kita – Schule: Es ist schon in anderen Kontexten im Bereich Schule und Schule-Ausbildung über die Übergänge gesprochen worden, die tatsächlich, wie Herr Dr. Maaz sagte, bezüglich der Bildungsbiographie eine Achillesferse sind. Hauptziel dieses beauftragten Berichts ist es aus meiner Sicht, dass die Kita die Kinder für die Schule fit machen soll, daran wird die Effizienz der Bildungseinrichtung Kita direkt gemessen. Es geht um die Verbesserung der Lernerträge, die Ausschöpfung des Bildungspotenzials und die Feststellung, dass es diesbezüglich in der Kita an Verbindlichkeit und Effizienz mangle. – Meine Frage: Kann es nicht auch so sein, dass es der Schule daran mangelt, den individuellen Förderprozess der Kita aufzunehmen, an diesen anzuschließen und fortzuführen? Man kann ja auch zu dem Schluss kommen, dass mehr Kita in der Schule benötigt wird statt umgekehrt. Das ist zumindest zunächst meine Schlussfolgerung, aber wir können das später noch bewerten.

Wie bewerten Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Herangehensweise, und wie muss sich Schule, Grundschule verändern, um den Kindern mit all ihren individuellen Voraussetzungen besser gerecht zu werden?

Sie beklagen in Ihrem Papier den späten Schuleintritt in Deutschland. Das beschäftigt uns auch. Wie begründen Sie das? Das würde mich interessieren.

Der allerletzte Satz in dem Kapitel zur vorschulischen Förderung ist bemerkenswert. Er verweist auf die Handlungserfordernisse der Schule, um die guten Kompetenzen, mit denen Kinder in die Schule kommen, wirklich zu erkennen und weiter zu fördern, und dass diese häufig verpuffen, weil Lehrkräfte nicht angemessen mit der Leistungsheterogenität umgehen können. – Wie kann es gelingen, diese Brüche im Übergang zu vermeiden und allen Kindern besser gerecht zu werden?

Zur Sprachförderung meinen wir, dass Migration und Vielfalt keine Nachteile sein müssen, sondern in Berlin Normalität sind. Wir sind uns einig, dass die deutsche Sprache eine wichtige Voraussetzung ist, um Erfolg in der Schule zu haben und im Alltag zu bestehen. Wie bewerten Sie auf diesem Hintergrund den Stellenwert der Muttersprache und das Recht darauf, in ihr frühzeitig alphabetisiert zu werden und sie zu pflegen? Es gibt ja weitverbreitete, wissenschaftlich belegte Auffassungen, dass die sichere Beherrschung der Muttersprache eine Voraussetzung für den erfolgreichen Erwerb der Zweitsprache ist. Was können Kitas und Schulen tun, um dem gerecht zu werden und wie sinnvoll ist vor diesem Hintergrund eine noch frühere Sprachtestung?

Das Sprachlerntagebuch ist heute schon Thema gewesen. Sie haben mehr oder weniger die Abschaffung beziehungsweise die freiwillige Inanspruchnahme empfohlen. – Was sollte an die Stelle des Sprachlerntagebuchs treten, um die Bildungsbeobachtung festzuhalten und die Verläufe zu dokumentieren?

In Richtung Senat die Frage, falls jemand dazu aktuell eine Aussage treffen kann: Wie wird derzeit dieses Instrument in den Schulen genutzt? Es ist ja lange eingeführt. Gibt es da derzeit Erfahrungen, wie die Schulen das Sprachlernstagebuch nutzen?

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Vier Minuten, Frau Kollegin!

**Katrin Seidel (LINKE):** Sind die um?

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Ja! – Wir machen mit Frau Kittler weiter! Bitte schön!

**Katrin Seidel (LINKE):** Dann muss ich mich noch mal melden.

**Regina Kittler (LINKE):** Vielen Dank! – Ich schließe mich dem Dank sehr umfassend an, aber ich möchte Zeit sparen. Ich habe festgestellt, dass in den Empfehlungen kaum enthalten ist – das ist meine Frage an alle –, welche Bedeutung bei der Erfüllung der Zielstellung den Rahmenbedingungen – den räumlichen, personellen, der Klassengröße, den Anforderungen der Inklusion, aber auch der Schulart – beigemessen werden müsste. Vielleicht kann man noch mal darauf eingehen.

Wenn das Ziel vor allem darin besteht, Lern- und Sozialkompetenzen zu stärken, dann frage ich mich, ob das durch Standardisierbarkeit, Messbarkeit und Teststrategien abgebildet wird, oder ob hier nicht andere Mittel greifen müssen. Dazu hätte ich gerne eine Antwort von allen.

Dann wäre für mich noch die Frage an diejenigen, die die Empfehlungen erarbeitet haben, warum die inklusive Schule, die Entwicklung von Sozialkompetenzen, die demokratischen Grundsätzen, die in unserer Gesellschaft gelebt werden müssen, die Schule als Sozialraum im Papier keine oder kaum Beachtung fanden.

Ich würde gern wissen, wie die Anzuhörenden dazu stehen: Alle Schulen sind in Berlin Ganztagschulen. – Muss das nicht in den Mittelpunkt gestellt werden, wenn ich Veränderungen erreichen möchte?

Ich stimme dem zu, dass der Quereinstieg professionalisiert werden muss. Da würde ich gerne wissen, wie zum Beispiel Professor Köller, aber auch die anderen einschätzen, ob man nicht – das wäre sicherlich auch mit dem Wissenschaftsausschuss zu beraten – ein Zusatzstudium von mindestens einem Semester für Quereinsteigende einführen sollte.

Die Abschaffung des MSA an Gymnasien wurde heute schon zweimal benannt. Da frage ich die Anzuhörenden, ob das nicht im Widerspruch zur inklusiven Schule und zum Willen der Koalition, alle Schülerinnen und Schüler differenziert zu fördern, damit Sie entsprechende Zielstellungen erreichen können, steht. Wäre nicht viel mehr geboten, die Personalsituation beispielsweise auch an den Gymnasien durch den Einsatz von Lernassistentinnen und -assistenten, die dann unterstützend tätig werden, zu verbessern?



In dem Zusammenhang könnte ich mir noch vorstellen, dass man eher darüber diskutiert, inwiefern das Probejahr auf den Prüfstand gehört, wie es zum Beispiel in Bremen offensichtlich ohne größere, schlimmere Auswirkungen durchgeführt wird.

Als Letztes würde ich gerne die Frage erst mal an die Anzuhörenden stellen: Was verstehen Sie eigentlich unter Qualität von Bildung? Ist Qualität von Bildung wirklich nur an zwei Fächern festzumachen? – Sie wissen alle, ich bin von Haus aus Mathematiklehrerin und nie gegen eine Stärkung dieses Bereichs, aber reicht das aus?

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Bitte straffen, Frau Kollegin! Das war ja Ihre letzte Frage.

**Regina Kittler (LINKE):** Moment, eine habe ich noch! – Gibt es nicht alternative Leistungsbewertungsmöglichkeiten?

An den Senat würde ich gerne die Frage stellen, inwiefern es möglich ist, nochmal zu überdenken, wer in den Beirat aufgenommen wird, und ob da nicht auch Praxisvertreterinnen und –vertreter hineingehören.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir machen mit Herrn Fresdorf weiter. – Bitte schön!

**Paul Fresdorf (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich fand das einen sehr interessanten Einblick in Ihre Arbeit. Vielen Dank für die Mühe, die Sie sich für diese Stadt gemacht haben! Ich würde gern zwei Punkte der linken Kolleginnen aufgreifen und weiterentwickeln. Frau Seidel hat gefragt: Brauchen wir mehr Kita in der Schule? – Frau Kittler hat die Rahmenbedingungen der Schulen noch mal angesprochen. – Meine Frage an die Anzuhörenden ist: Wäre es sinnvoll, im Bereich der Grundschule kleinere Gruppen zu schaffen, mehr Personal reinzustecken? Wie weit ist das ein Hebel, um Schreiben, Lesen und Rechnen in der Grundschule schneller und effizienter zu erlernen und individuelle Förderbedarfe zu erkennen? Wir wissen alle, welche Hürden davorstehen würden, wenn wir es so leben wollen würden, aber ich hätte gerne dazu eine fachliche Einschätzung, ob es eine erhebliche Veränderung bewirken würde oder ob andere Maßnahmen dieses auch leisten können.

Wir haben hierzu im Vorfeld der Anhörung Stellungnahmen bekommen, auch vom Berliner-Kitabündnis, welche uns gefragt haben, ob die gezielte Förderung von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache erst ab einem Schwellenwert von 40 Prozent dieser Kinder in einer Einrichtung erfolgen sollte. Aus Sicht des Berliner-Kitabündnisses bedarf es eine Überprüfung dieses Schwellenwertes, ob der sachgerecht ist. – Wie bewerten Sie, werte Anzuhörende, diese Stellungnahme? Und wie begründet sich die Empfehlung der Höhe des Schwellenwerts von 40 Prozent genau? Das würde mich sehr interessieren.

Zur Toolbox hat Frau Siebernik schon Kluges gesagt, das frage ich jetzt gar nicht noch mal nach.

Sprachtests und Sprachstandsfeststellungen früher zu machen, finde ich eine gute Idee. Wir müssen uns aber eins vor Augen führen: Wenn wir am Ende des Tages keine Maßnahmen

ergreifen, alle Kinder entsprechend zu fördern, wie es ja momentan in Berlin Stand der Dinge ist, dann helfen uns auch Tests nicht weiter. Wie kann man das durchsetzen, dass die Fördermaßnahmen bei einem geringen Sprachstand der Kinder tatsächlich vorgenommen werden? Ich glaube, da müssen wir in Berlin deutlich besser werden, weil wir viele Hundert Kinder pro Jahr so verlieren und sie zu kleinen Bildungsverlierern machen, weil wir uns darum nicht genug kümmern.

Eine Frage hätte ich noch an Herrn Békési: Sie haben den Personalschlüssel und die mittelbare Arbeit in den Kindertagesstätten angesprochen, wie kann man Ihres Erachtens diese mittelbare Arbeit in den Einrichtungen besser im Personalschlüssel berücksichtigen? Welche Maßnahmen müsste man ergreifen, um hier stärker zu werden?

Ich möchte noch mal betonen, dass für uns die Qualitätsentwicklung ein sehr wichtiges Thema ist, gerade wenn es darum geht, dass die soziale Herkunft der Kinder keinen Einfluss mehr auf den Bildungserfolg der Kinder haben sollte. Darum müssen wir dieses Thema schnell vorantreiben. – Ich freue mich auf eine weitere Fachdebatte und ich bin unter vier Minuten – Ätsch!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wohl wahr, das ist richtig. Dafür danke ich Ihnen, Herr Kollege! – Wir machen weiter mit Frau Burkhard-Eulitz. – Bitte schön!

**Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):** Vielen Dank! – Ich danke auch allen, die uns heute Rede und Antwort stehen! Ich würde das gerne in die Bereiche Kita und Schule unterteilen. Der Auftrag der Kommission ist: Wie können Leistungen von Schülerinnen und Schülern abhängig von ihrer sozialen und kulturellen Disparität weiterentwickelt werden? – Da würde mich interessieren, welche Rolle bei den Erkenntnissen und den Erarbeitungen der Kommission die soziale Situation in unserer Stadt gespielt hat, das heißt, dass bei uns im Gegensatz zu anderen Flächenländern jedes dritte Kind und Jugendlicher von Armut betroffen ist.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung fand ich die Ausführungen insoweit sehr interessant, dass die Fragen der Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozialen Hintergrund der Familie eine Rolle gespielt haben. Zu den Fragen: Welche Rolle spielen in Ihren Ausführungen und Erkenntnissen die Eltern? Wie können die besser eingebunden werden? Und welche Rolle spielt die Familie im weitergehenden Bildungsprozess – in den Grundschulen und weiterführenden Schulen? – habe ich nichts gelesen. Wir haben ja alle jetzt die Erkenntnis von acht, neun Monaten Corona, wie abhängig das Lernen vom häuslichen Kontext tatsächlich ist. Das haben viele von uns am eigenen Leib zu spüren bekommen. Deswegen meine Fragen: Wie können Familien besser in die entsprechenden Bildungsprozesse ihrer Kinder einbezogen werden? Und welche Rolle spielen Armut und enge Wohnverhältnisse dabei?

Was ich im Kontext Kita noch nicht richtig verstanden habe – vielleicht können Sie mich da korrigieren –, dass es zukünftig eine Unterscheidung der Arbeit in den Kitas im Bereich von sogenannten sozialen Brennpunkten und in anderen sozialen Bereichen geben soll. Ich habe das so gelesen, dass unser Bildungsprogramm Kita eher für die Kinder aus Familien, die einen sogenannten Bildungshintergrund haben, geeignet ist, und dass in den Brennpunkt-Kitas anders gearbeitet werden soll, sehr viel strukturierter und vielleicht in Richtung Frühverschulung. Was muss ich mir da an Unterschieden vorstellen? Und wie soll zum Beispiel eine Toolbox zur Verbesserung der Selbstregulation in diesen Kitas angewendet werden?

Weiterhin habe ich die Fragen, da fehlen mir die Ausführungen – das hatte Frau Kittler schon angesprochen –: Welche Rolle spielt in Ihren Betrachtungen der Ganztags? Immerhin haben wir in Berlin flächendeckende Ganztagschulen, zumindest im Grundschulbereich. Wie kann da die Förderung für die Kinder besser stattfinden? Wir haben dort einen Personalschlüssel von 1 : 22. Das ist eher eine Beaufsichtigung als eine Förderung. Wie kann das in Zukunft verbessert werden? Und was sind da die Prioritäten der Senatsschulverwaltung? Die andere Frage ist, wie mit einer Binnendifferenzierung, die auf den Förderbedarf eingeht, in den Schulen besser reagiert werden kann.

Anknüpfend an: in der Schule vielleicht ein bisschen mehr Kita-Ansatz –, ich habe oft den Eindruck, dass in der Schule der Auftrag des Kindes ist, sich an die Situation Schule anzupassen und nicht andersherum. Die Individualität des Kindes ist aus meiner Sicht in der Kita sehr viel ausgeprägter, da dort unterschiedliche Ansätze gegangen werden, und viele Kinder vielleicht nicht die richtige Ansprache haben, um ihr Interesse an bestimmten Dingen zu fördern. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir machen mit Frau Dr. Lasić weiter. Bitte schön!

**Dr. Maja Lasić (SPD):** Vielen Dank! – Ich fand das sehr spannend, dass sich der Bericht in weiten Teilen mit Themen befasst hat, die uns auch als Parlament und Haushaltsgesetzgeber auf der Seele liegen. Wir investieren von Haushalt zu Haushalt immer mehr Geld, und zwar gezielt – also gezielte Ressourcensteuerung – hin zu Schülerinnen und Schülern, die mehr Bedarf haben. Das spiegelt sich aber nicht in den Ergebnissen wider, und das wurmt uns in der Gesamtheit. Deswegen fand ich persönlich das Handlungsfeld 3 am spannendsten, weil man durch das Handlungsfeld ein Gefühl dafür bekommt, wie das System aussehen müsste. Die meisten meiner Frage richten sich auf diesen Bereich.

Ich würde Herrn Köller fragen – ich fand Ihre sehr kritische Einschätzung der Arbeit von proSchul sehr interessant –, ob Sie dazu mehr ausführen könnten. Ich habe mir in dem Kontext die Frage gestellt, weil die Einschätzung, zumindest laut des Berichts, auf den Einschätzungen der Schulleitungen basierte. Am Ende kann proSchul nur dann eine Schule sinnvoll begleiten und zur Schulentwicklung führen, wenn eine Schulleitung zusammen mit ihrer Schulaufsicht mithilfe des Indikatorenmodells die richtigen Ziele für sich entdeckt hat und dann von proSchul begleitet wird, diese Ziele zu erreichen. Ist möglicherweise die fehlende Wirksamkeit von proSchul auf das Scharnier zwischen Schulleitung und Schulaufsicht an der Stelle der Schulverträge zurückzuführen, wenn es darum geht, die Indikatoren in den Schulverträgen als Kollegium gezielt anzufassen und anzugehen, und nicht darauf, dass es Prozessbegleiter an sich gibt, die die Schule danach in der Umsetzung begleiten?

Eine Frage an Herrn Becker-Mrotzek hinsichtlich der Stärken der sprachlichen Kompetenz: Man kann den Bericht so lesen, dass die Stärkung der Sprachkompetenz primär durch die Deutschfachkräfte zu gewährleisten ist. Wie ist aus Ihrer Sicht die Verzahnung mit dem fächerübergreifenden DaZ-Unterricht – und damit der Mitnahme des gesamten Kollegiums –, wenn es um die Stärkung der Sprachkompetenzen der Schülerinnen und Schüler geht, zu sehen?

Ich fand auch, ähnlich wie es Frau Theede gesagt hat, dass der Blick auf das Indikatorenmodell im Bericht ausreicht und jetzt in den Berichten etwas zu kurz gekommen ist. In dem Kontext teile ich, Frau Theede, vollkommen die Einschätzung, dass wir den Anschluss mittels Indikator implementieren sollten. In dem Kontext die Frage, ob die IHK bereit wäre, die Zahlen dazu zu liefern. Es liegt nicht an der Schule, sondern vor allen Dingen an dem Aufnehmen der Institutionen, dass uns die Zahlen dazu fehlen. Wir haben da als allgemeinbildendes System ein großes Fragezeichen. Wenn wir da an einem Strang ziehen würden, sodass die Ausbildungsbetriebe und die Allgemeinbildung gemeinsam zu einer gescheiterten Erfassung der Übergangszahlen kommen, sind wir, glaube ich, ein ganzes Stück weiter. Keiner wird dagegen sein, dass der Indikator miteinfließt.

Eine weitere Frage ist – wer sie von der Kommission beantwortet, ist mir egal –: Es ist eine ziemlich kompakte Feststellung, dass man das Indikatorenmodell weiterentwickeln könnte. Welche Faktoren sehen Sie da? Inwiefern kann man den mehrfach erwähnten Ganzttag mit einfließen lassen? Was für Indikatoren wären das dann? Und wären es dann nicht auch Faktoren über die reine Sprachkompetenz hinaus, die aber wiederum das Lernen im Unterricht begünstigen, sodass man weitere Faktoren in das Indikatorenmodell mitimplementiert?

Die letzte Frage an die Kommission: Wenn es um die Professionalisierung der Fortbildner geht, dass das System der regionalen Fortbildung nicht so ist, wie wir es gerne hätten – wir hoffen auch darauf, dass das heute angekündigte Institut perspektivisch zur Professionalisierung führen wird –, wie könnte die Verzahnung mit Wissenschaftlern an der Stelle aussehen? Da würde ich mich über ein paar Impulse freuen. – Danke schön!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Danke für die Vier-Minuten-Punktlandung! – Wir machen weiter mit Frau Remlinger. – Bitte schön!

**Stefanie Remlinger (GRÜNE):** Vielen Dank! – Ich möchte mich für die Gelegenheit, dass wir hier diskutieren können, bedanken! Ich möchte ausdrücklich vorausschicken, dass mich das 5 Prozent-Ziel sehr inspiriert. – Vielleicht liegt es an mir, dass ich zu langsam bin, aber ich habe immer das Gefühl, wir müssen bei den Leitthesen, die dem Kommissionsbericht zugrunde liegen, noch mal mitgenommen werden. Ich glaube, dass es offensichtlich noch unterschiedliche Meinungen darüber gibt, ob die Leitthese, dass diese 5 Prozent-Reduzierung der Risikogruppe im Hinblick auf Bildungserfolg, schulischen Erfolg, aber auch Lebenserfolg, an den Themen Deutsch und Mathe hängt. Ich persönlich bin mit der Diskussion vertraut, aber sie ist offensichtlich nicht voraussetzbar.

Das Phänomen, das Frau Lasić schon angesprochen hat und das auch uns sehr bewegt: Wir stecken viel Geld in das Bildungssystem und sehen wenig Wirkung. Auf der Ebene habe ich die Frage: Mir scheint, dass in den Erörterungen zum frühkindlichen Bereich über die Frage ausführlich diskutiert wird, wie die Förderung dieser Kompetenzen methodisch, didaktisch wirklich herbeigeführt werden kann. Aber im schulischen Teil erscheint mir der Sprung zur Diagnose und den Prüfungsinstrumenten einer zu sein, den ich auf der Ebene verstehe, dass er die Korrelation zur eigenständigen Schule ist. Man sagt: Die Lehrkräfte haben eine große methodisch-didaktische Freiheit, aber das Schulsystem muss schon gucken, ob was Gutes dabei herauskommt. – Es wird da aber wenig über förderliche Unterrichtsformen gesprochen.

Die Kolleginnen und Kollegen haben schon gefragt, ob man Deutschkompetenzen nur im Fach Deutsch fördern sollte. Ich bin sicher, Sie sehen das mit uns nicht so, aber ich frage mich, inwieweit der Grund für diese Lücke, was man diskutieren könnte, wenn man Unterricht verbessern möchte, darin liegt, dass Sie noch Forschungsdesiderate sehen. Sie haben für mehrere Bereiche – für den frühkindlichen Bereich, aber zum Beispiel auch für den Bereich der Klassen 8 bis 11 – aufgeschrieben, dass sowohl Diagnoseinstrumente als auch davon ableitbare, forschungsbasierte Förderprogramme fehlen. Da würde ich einerseits nach den Forschungsdesideraten fragen, aber andererseits, welche forschungsbasierten Förderprogramme Sie in Berlin oder in anderen Bundesländern wirkungsbasiert empfehlen können. Gibt es dazu die Forschung deutschlandweit? Sofern Sie da einen Überblick haben.

Die dritte Frage ist nach dem qualifizierten Unterrichts in besonderen Schulen in schwieriger Lage: Sie sagen, dass man besonders in den Klassen 9 und 10 auf nichtfachfremden Unterricht achten solle. – Da erlaube ich mir die Frage: warum 9 und 10 und nicht zum Beispiel 7 und 8, wo vielleicht die Grundlagen noch stärker gelegt werden könnten? Vor allem ist meine Frage, ob es eine Idee gibt, wie wir gerade an diesen Schulen, die am meisten unter Lehrkräftemangel leiden, Lehrkräfte dazu bewegen können, an diese Schulen zu gehen.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Straffen Sie bitte, verehrte Kollegin!

**Stefanie Remlinger (GRÜNE):** Meine allerletzte kurze Frage: Sie hatten bei der Bildungskommission unter anderem empfohlen, dass die Finanzverwaltung und Verwaltungswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler mit drin sein sollen. – Können Sie uns erklären warum?

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Frau Brychcy, Sie sind uns digital zugeschaltet und haben das Wort!

**Franziska Brychcy (LINKE) [zugeschaltet]:** Danke! – Ich wollte noch mal zu den Grundannahmen kommen und Professor Dr. Köller fragen: Sie haben von Optimierung von Bildungsprozessen, Effektivität, Effizienz gesprochen. Das klingt ein bisschen wie aus dem Lehrbuch von New Public Management. Da wollte ich noch mal fragen: Was war genau der Fokus? Und was sind die Grundannahmen der Kommission? Gab es da qualitative Analysen, die zugrunde gelegt worden sind, oder rein quantitative? Dieser Fokus auf messbar und operationalisierbar kam mir ein bisschen einseitig vor.

Die Kollegen und Kolleginnen haben schon die soziale Kompetenz angesprochen, dass neben Deutsch und Mathematik natürlich auch darauf und auch auf die handwerklichen Fähigkeiten ein Fokus gelegt werden muss. Da wollte ich fragen, inwieweit diese Kompetenzen mitberücksichtigt worden sind.

Wenn wir schauen: Anschlussorientierung – das hatten auch Herr Békési, Professor Maaz und Frau Theede angesprochen – also wenn wir die Bildungsverbände, Institutionen in den Blick nehmen, die Übergänge haben und oft Sollbruchstellen für junge Menschen sind, würde mich interessieren, inwiefern das eingeflossen ist.

Den Senat möchte ich gerne fragen, inwieweit die Berufsorientierung und die Kompetenzen, die zum Beispiel im WAT-Unterricht im Fokus stehen, ob zum Beispiel der Übergang Schule – Beruf auch in das Indikatorenmodell aufgenommen werden kann. Schule hat hier ja

eine ganz große Verantwortung, nicht nur das Zeugnis auszustellen, sondern auch zu fragen: Haben wir den jungen Menschen auf das Berufsleben vorbereitet?

Insgesamt kam es mir so vor, dass im Prinzip der ganze Zweig, die ganze Etappe schulische, berufliche Bildung überhaupt nicht mitbetrachtet wurde, sondern Kita – also frühkindliche Bildung –, Grundschule, Sek I und II, aber alles, was danach folgt, nicht. Da wollte ich fragen: Warum ist das so? Warum werden hier die guten OSZ, die wir haben, und die wichtigen Kompetenzen, die wir hier brauchen, um da weiterkommen wollen, nicht mitbetrachtet?

Als kleines Fazit würde ich mir wünschen, dass die Übergänge im Fokus stehen, weil das wirklich Sollbruchstellen gerade für junge Menschen, die die aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommen, sind, und dass im Fokus steht, dass wir dort Bildungsverbünde brauchen, wo eine – in Anführungsstrichen – warme Übergabe von der Kita in die Grundschule, in die weiterführende Schule, bis zur beruflichen Bildung stattfindet. – Danke!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir machen mit Herrn Wild weiter. – Bitte schön!

**Andreas Wild** (fraktionslos): Danke, Frau Vorsitzende! – Die Balkendiagramme, die wir gerade sahen, wo ein großer Teil MSA-Schüler und ein noch viel größerer Teil Abiturienten sind – etwa 50 Prozent und 30 Prozent –, da fragt man sich natürlich schon, wenn man das mit den Verhältnissen, die vor 30, 40 Jahren herrschten, vergleicht, wenn wir nicht vollkommen andere Kinder haben, ob da nicht irgendetwas falsch ist. Das ist doch eine Art Etikettenschwindel. Im Grunde haben wir doch bei denen, die jetzt unter Abitur subsumiert werden, sowohl die früheren Abiturienten als auch die Realschüler. Das heißt, die, die dann übrigbleiben, sind die, die früher einen Hauptschulabschluss gemacht haben. Die machen heute einen MSA. Die Frage ist, ob wir durch diesen Etikettenschwindel tatsächlich mehr Output im Sinne dessen, was die Wirtschaft braucht, kriegen.

Da frage ich jetzt Frau Theede: Würden Sie sich wünschen, dass der Bildungssenat mehr lenkt, im Sinne von: Wir fordern Schüler auf, die schulische Ausbildung so zu machen, dass sie nachher möglichst passgenau auf eine Karriere im Berufsleben vorbereitet sind?

Herr Fresdorf: Soziale Herkunft soll keine Auswirkung auf den Bildungserfolg haben –, das ist ein frommer Wunsch. Darin ist aber ein Denkfehler. Das ist der Gleichstellungsgedanke, dass am Schluss das Gleiche rauskommt. Das kann ja nicht Ihr Ernst sein, dass Akademikerfamilien das Gleiche hinten herauskriegen wie sehr einfach strukturierte Leute. Das kann doch gar nicht sein! Was wir bieten müssen, ist eine Chancengleichheit. Jeder muss die gleiche Chance haben. Das ist vollkommen richtig. Es ist gut, dass es BAföG und alles Mögliche gibt, aber es kann doch nicht sein, dass wir das Ziel verfolgen, dass alle, egal wo sie her sozialisiert sind, nachher den gleichen Bildungserfolg haben. Das ist völlig unmöglich. Das ist einfach Verwirrung der Menschen.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Haben Sie noch Fragen an die Anzuhörenden, Herr Wild?

**Andreas Wild** (fraktionslos): Ich bin schon dabei. – Wenn wir sehen, dass wir immer mehr Mittel in die Bildung stecken und immer weniger herausbekommen, dann sollten wir uns viel-

leicht überlegen, wenn sich die Lehrer und auch die beruflichen Erfordernisse nicht grundsätzlich geändert haben, ob es eventuell daran liegen könnte, dass sich die demografische Zusammensetzung der Schüler – das ist jetzt auch eine Frage an Frau Theede – zu Ungunsten eines hochwertigen Leistungsniveaus geändert hat, und dass man dann fragen muss, was wir mit den Schülern, die wir im Grunde hier nicht integrieren können, machen. Wäre es da nicht ehrlicher zu sagen: Eure Zukunft ist eher in dem Land, wo eure Eltern oder Großeltern hergekommen sind? – Danke schön!

**Emine Demirbüken-Wegner** (CDU): Frau Kühnemann-Grunow hat das Wort. – Bitte schön!

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Auch noch mal vielen Dank meinerseits an die Vortragenden! Ich möchte vorwegschicken, dass ich ein Stück weit eine komplett andere Auffassung dieses Berichts oder eine andere Herangehensweise habe. Ich habe auch gegenüber einer Leistungsorientierung keine große Skepsis, sondern ich denke, dass es vor allem dem Gedanken der Bildungsgerechtigkeit entspricht, unsere Kinder in unserer Gesellschaft darauf vorzubereiten, was sie erwartet. Das ist für mich ein Grundaspekt von Bildung.

Zwei Dinge, die uns als Sozialdemokraten umtreiben – Frau Lasić hat schon ein Thema angesprochen: die Diskrepanz, die auch die Köller-Kommission benennt, zwischen den eingesetzten Mitteln und dem Erreichen von Standards oder Mindeststandards – wie man das auch immer definieren will – und Bildungsgerechtigkeit. Das ist das, was uns antreibt.

In dem Zusammenhang habe ich drei konkrete Fragen. Ich bin jugend- und familienpolitische Sprecherin und gucke ein Stück weit auf die frühkindliche Bildung. Es wurden Kitas in schwieriger Lage angesprochen. Was sind konkrete Maßnahmen, die in dem Bereich unternommen werden können, um dort Kinder zu fördern? – Wir haben die unterschiedlichen Herkünfte von Kinder, die Bildung von Geburt an, Eltern als Adressaten für frühe Bildungsprogramme angesprochen.

Eine weitere Frage wäre zum Thema – das mich schon sehr lange Zeit umtreibt und das in dem Bericht sehr deutlich angesprochen wird – Nicht-Kita-Kinder: einmal das Auffinden der Kinder, dann die Diagnose und eine entsprechende Förderung. Was können Vorschläge sein, wie mit diesen Kindern zu verfahren ist? Wir wissen alle, dass ein möglichst langer, vor allem systematischer Kitabesuch Kinder optimal auf die Schule vorbereitet.

Meine letzte Frage ist nach der Diagnose an Kitas: Wenn beispielsweise gesagt wird, dass das Sprachlerntagebuch nicht unbedingt das Tool ist, um eine Diagnose wirklich zu erstellen, was wäre da letztendlich die Alternative? Es wird darauf abgehoben, dass es an den Kitas entsprechende Fachkräfte geben muss. Da würden mich auch die konkreten Vorschläge interessieren. – Danke schön!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Herr Simon, bitte schön, Sie haben das Wort!

**Roman Simon** (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Ich darf mich zunächst im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei den Anzuhörenden und zum anderen bei denen, die in der Kommission mitgearbeitet haben, für den ausführlichen und wunderbaren Abschlussbe-

richt, den sie uns vorgelegt haben und die ganze Arbeit, die sie da reingesteckt haben, bedanken!

Ich darf zunächst meiner Vorrednerin deutlich widersprechen, die es aus meiner Sicht so dargestellt hat, dass alleinig die Kita und ein Kitabesuch die Kinder optimal auf die Schule vorbereitet. – Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es ganz wichtig, was die Familie dazu geben kann, und nicht allein die Kita zu sehen. Wir sind daran interessiert zu erfahren, inwieweit die Expertenkommission und die heutigen Anzuhörenden, die sich ja überschneiden, in der Bestandsaufnahme davon ausgehen, dass das Berliner Bildungsprogramm in der Breite ganz stringent umgesetzt wird oder dass es nicht so konsequent von allen Beschäftigten umgesetzt wird, und ob Sie dann auf dieser Grundlage zu Ihren Empfehlungen kommen.

Ich frage den Senat vor dem Hintergrund, dass im Bereich der frühkindlichen Bildung in diesem Bericht fehlende Verbindlichkeit kritisiert wird: Wir haben mehrere Hundert Kinder, bei denen jedes Jahr Sprachförderbedarf festgestellt wird und die wegen des Kitaplatzmangels leider keinen Platz in einem Kindergarten oder bei einer Tagespflegestelle finden. Inwieweit möchte sich der Senat diesem Thema noch mal widmen? Ich habe in der heutigen Presseerklärung nicht gefunden, dass das noch mal separat aufgegriffen wird.

Dann frage ich, inwieweit aus Sicht der Anzuhörenden der Fachkräftemangel ein Hindernis war oder ist, um die Ziele zu erreichen, und inwieweit das berücksichtigt worden ist. Und ich frage den Senat nach dem Grund für die hohe Zahl, der seit Jahren unbesetzten Professuren in lehramtsbildenden Studiengängen.



Ich frage Frau Theede, die darüber sehr viel, ausführlich und gut berichtet hat, wie die Abschlüsse von den Auszubildenden bewältigt oder auch nicht bewältigt werden, ob sie uns vielleicht noch mal einen kleinen Einblick geben kann, wie das mit dem Eintritt in den Ausbildungsmarkt ist, und ob schon feststellbar ist, dass es den Bewerbern an Dingen und Qualifikationen fehlt.

Sie haben, Frau Scheeres, heute der Presse mitgeteilt, dass Sie 40 zusätzliche Funktionsstellen in den sozialen Brennpunkten ohne Anrechnung auf den Personalschlüssel schaffen werden. Ich frage Sie, wie schnell Sie das beabsichtigen zu tun? Wie schnell die Stellen geschaffen werden, oder ob das eine Absichtserklärung für den Haushalt ab dem 1. Januar 2022 ist?

Ich frage, wie das mit dem letzten Punkt bei der frühkindlichen Bildung ist, den Sie aufzählen – neue Standards in der Erzieherausbildung, Aufnahme des Berliner Bildungsprogramms im Rahmenlehrplan als verpflichtende Grundlage –, ob Sie das getan haben, weil Sie die Empfehlung der Kommission, die Fortbildung deutlich zu stärken, nicht aufgreifen wollen. – Danke schön!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Herr Tabor bitte, Sie haben das Wort!

**Tommy Tabor (AfD):** Vielen Dank für das Wort, Frau Vorsitzende, und nochmal vielen Dank für die Kekse! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich mache es kurz. Viele Fragen wurden schon gestellt und müssen im Hinblick auf die Zeit auch noch beantwortet werden.

Die Frage geht an Herrn Professor Becker-Mrotzek, und zwar zum Thema Sprachfeststellung an den Kitas, hinsichtlich der Kitakinder und der Kinder, die nicht in die Kita gehen. Sie haben selbst gesagt, dass der Spracherwerb das A und O für den späteren Verlauf, für den erfolgreichen Weg in der Schule ist. Wann sollte nach Ihrer Meinung diese Sprachfeststellung stattfinden? Wesentlich früher? Ungefähr zu dieser Zeit, wie es jetzt geregelt ist? Und wie möchte man mit diesen Kindern umgehen, bei denen man Defizite festgestellt hat? Wie möchte man sie, aus Ihrer Sicht heraus, besonders fördern, sodass sie dann einen optimalen Start in der Grundschule ermöglichen bekommen? Letztendlich legen eine Menge Studien dar, dass die ersten Jahre in der Grundschule die wichtigsten sind. Da sollte man nicht allzu viel verpassen, weil man an diesen Schulen noch nicht richtig sprechen kann oder das gesprochene Wort noch nicht versteht.

Noch eine Zwischenbemerkung zu Frau Kittler: Im Bereich der Bildung den Stadtstaat Bremen heranzuziehen, wo allein die Jugendarbeitslosigkeit mit 9,3 Prozent auf Rekordniveau und damit weit höher als in allen anderen Bundesländern ist, finde ich doch sehr vermessen, zumal Bremen in allen anderen Vergleichswerten entweder genauso schlecht oder noch schlechter als Berlin ist. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Jetzt hat Herr Stettner das Wort. – Bitte schön!

**Dirk Stettner (CDU):** Vielen Dank! – Ich schließe mich dem Dank meiner Vorredner an und versuche es unter vier Minuten zu halten, weil ich schon jetzt nicht weiß, wie Sie all diese Fragen beantworten wollen. Ich freue mich zunächst mal, weil es ein bisschen anders gesagt worden ist, dass der überwiegende Anzahl der hier Sitzenden davon überzeugt ist, dass Bil-

derung möglichst unabhängig von der sozialen Herkunft optimal sein sollte. Das ist keine Utopie, sondern unsere Aufgabe. Ich glaube, das ist hier fast allen klar, und das freut mich sehr.

Zweitens muss die Schule bestmöglich auf das gesellschaftliche – und damit auch auf das berufliche – Leben vorbereiten, damit ist Leistung ein unverzichtbarer Bestandteil der Schule. Die CDU-Fraktion steht bekanntermaßen dazu, und wir freuen uns, dass dieser Bericht viele Schwerpunkte setzt, denen wir folgen.

Ich lasse es jetzt, noch mal nachzuerzählen, was wir schon alle mehr oder weniger öffentlich kritisieren, dass wir in Berlin ganz viel Geld einsetzen und ganz wenig Effekt erzielen und dass sich das dringend ändern muss. Wir glauben, dass der frühe Spracherwerb, Ausbau der Lese- und Schreibkompetenz, die gezielte Evaluation und die Stärkung von Tests als Beurteilungsinstrumente sinnvoll sind.

Meine Fragen an alle Anzuhörenden ist, inwieweit der Ganztagschulbetrieb mit herangezogen werden kann, um diese Effekte zu erreichen. Sie schreiben mal als Überschrift: Weniger Gießkanne, mehr Konzentration in vielen Punkten. – Das heißt, dass irgendwo mehr gefördert werden muss. – Das beschreiben Sie in vielen Bereichen. Ich hab nur einige hier genannt. – Der Umkehrschluss ist: Manche Dinge müssen wegfallen. – Was kann den weg? Es tut immer mehr weh, das zu beschreiben, als das, was zukommen soll.

Dann interessiert mich Ihre Einschätzung in dem Spannungsfeld zwischen Zentralisierung und schulischer Autarkie: Wo haben wir Punkte, wo wir dringend zentralisieren müssen? Einige Punkte, meine ich, zwischen den Zeilen herausgelesen, aber nicht klar formuliert gesehen zu haben. Wo müssen wir uns zentraler aufstellen und ein bisschen Autarkie sein lassen, und wo können wir das zulassen? – Danke schön!

**Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner:** Vielen Dank! – Wir müssen jetzt in die Lüftungspause. Es ist Pflicht. – [Zuruf] – Was soll ich? Vergessen? – Nein, wir müssen raus. Ich nehme es auf die eigene Kappe, statt 20 Minuten 15 Minuten zu sagen. In 15 Minuten treffen wir hier wieder ein.

[Lüftungspause von 17.36 bis 17.48 Uhr]

Ich möchte bitte, dass wir anfangen! – Frau Senatorin, möchten Sie mit der Beantwortung der Fragen anfangen? – Bitte schön!

**Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam):** Gern, Frau Vorsitzende! Zum einen möchte ich mich auf die Punkte im frühkindlichen Bereich beziehen, die gefragt oder angesprochen wurden. – Frau Seidel, das Thema der Kommunikation und die Einbeziehung der Fachebene sehen wir definitiv auch so. Wir hatten die Thematik schon im Landesjugendhilfeausschuss, in der AG QV TAG. Wir haben eine Runde mit allen Jugendamtsleitungen durchgeführt, wo wir die Empfehlung der Köller-Kommission oder der Qualitätskommission gemeinsam diskutiert haben. Ich habe schon im Schulbereich angesprochen, welche Kommunikationswege wir hier sehen, und dass es noch ein paar große Themen gibt, die definitiv noch etwas intensiver mit der Fachöffentlichkeit oder den Fachleuten zu diskutieren sind, wie zum Beispiel, Herr Fresdorf, der Sozialindex. So wie das in dem Bericht vorgesehen ist – als Umsteuerungen von Ressourcen –, muss man sich genau anschauen, wie man das angeht, und wir werden hier definitiv auch in den Diskurs gehen.

Dann kam die Frage nach der Dokumentation des Sprachlerntagebuchs. Wir haben klar abgegrenzt, was in Richtung Schule gehen darf. Ich glaube, dass das sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Wir haben diese Dinge hier diskutiert und haben ganz klare gesetzliche Vorgaben, wie das stattfinden hat, dass sich der Grundschulbereich damit auseinandersetzen muss. Wenn man in die Praxis schaut, ist diese sehr vielfältig: Es gibt Grundschullehrkräfte, die sich wirklich mit den Protokollen auseinandersetzen und sich dann Gedanken zur Förderung der einzelnen Kinder in der ersten Klasse machen, und dann gibt es andere, die es immer noch nicht tun. Das ist, glaube ich, das Alltagsgeschäft, das man beobachtet. Ich denke, dass Sie das an der einen oder anderen Stelle auch so mitbekommen.

Zu dem Themenfeld der U3-Betreuung, das Herr Simon angesprochen hat, habe ich mich schon öffentlich geäußert. Wir haben einen sehr umfangreichen Kitaentwicklungsplan, wie sich das mit der Schaffung der Kitaplätze, der Bedarfe und der Fachkräftesituation gestaltet, auf den Weg gebracht. Ein sehr positives Ergebnis ist, dass es uns aufgrund dessen, dass wir die Ausbildungsplätze so massiv ausgebaut haben, gelungen ist, ein Plus von 22 Fachkräften zu haben. Hier habe ich deutlich gemacht, in welchen Stufen man auf die U3-Betreuung kommen kann. Das ist etwas sehr Positives.

Ich bin vor ein paar Jahren bewusst in die Situation gegangen und habe gesagt: Wir verkleinern die Kitagruppen der unter Dreijährigen, obwohl alle wussten, dass das Fachpersonal nicht da ist. Das wussten wir alle, aber wir haben gesagt: Dieser Schritt ist uns wichtig, und wir gehen Übergangskonzepte ein, indem wir anderes Fachpersonal einstellen und die Ausbildungskapazitäten massiv ausbauen. Jetzt ist Berlin so weit, dass wir ein Plus haben und sagen können: Ja, wir gehen weiter in die Unter-Drei-Betreuung, sodass wir das, was die Bertelsmann-Stiftung empfiehlt – 1 : 3 –, jetzt wirklich erreichen können. Ich hatte da eine Stufe vorgeschlagen.

Dann ist das Themenfeld der Testung angesprochen worden: Was ist mit den Nicht-Kita-Kindern, die Sprachförderbedarf haben? Hier sind ein paar Zahlen aus der letzten Testung: um die 1 000 Kinder wurden getestet, 850 der getesteten Kinder hatten einen Sprachförderbedarf. Wir haben 400 Kinder abdecken können, die eine zusätzliche Förderung über Kitaplätze bekommen, und wir konnten Gruppen außerhalb der Kita einrichten. Ich hatte schon mal vorgeschlagen, dass wir Sprachfördergruppen in Räumlichkeiten der Familienzentren oder Jugendeinrichtungen anbieten konnten. Hier konnten wir 300 Plätze schaffen. In der Presseerklärung ist ein weiteres Angebot erwähnt, Herr Simon, nämlich weitere sechs Sprachfördergruppen für Kinder, die keine Kita besuchen, auf den Weg zu bringen.

Wir dürfen hier nicht nachlassen, gerade was die Förderplätze außerhalb der Kita angeht, sodass wir wirklich alle mitnehmen können, und sie eine Förderung erhalten. Unsere Zielsetzung ist generell, dass das die beste Förderung ist. Wir versuchen den Weg zu gehen, viele Familien zu überzeugen, dass der beste Fördererort die Kindertageseinrichtung ist.

Ich möchte noch mal ansprechen, dass wir Tausende Flüchtlingskinder in unseren Kindertageseinrichtungen aufgenommen haben, die zusätzlich in den letzten Jahren zu uns gekommen sind und alle einen Sprachförderbedarf haben. Ich glaube, das liegt auf der Hand.

Ich werde jetzt in den Schulbereich übergehen. Noch mal zum Fachbeirat: Zum einen sind im Rahmen der Expertenkommission, indem wir eine Praxiskommission eingerichtet haben,

anderthalb Jahre alle möglichen Praktiker miteinbezogen, Stellungnahmen sind abgegeben worden usw. In dem Fachbeirat, den wir jetzt mit Herrn Dr. Voges abgestimmt haben, sind Schulleitungen vorgesehen, und der Beirat wird Expertenrunden durchführen, in denen der Beirat zu bestimmten Themen Praxispersonen oder andere Fachleute thematisch dazu zieht. So ist der Beirat angelegt. Damit eine breite Expertise aufgenommen werden kann.

Dann ist angesprochen worden, dass das Thema Sprachbildung auch außerhalb des Deutschunterrichts sein muss. – Das teilen wir voll und ganz. Aus diesem Grund wurde bei der Überarbeitung des Rahmenlehrplans das Curriculum Sprachbildung gefordert, dass sich alle Schulfächerübergreifend mit der Sprachbildung auseinandersetzen und Sprachbildungskonzepte entwickelt werden müssen. Das haben wir schon vor ein paar Jahren auf den Weg gebracht. Aber der Punkt ist: Tun das alle Schulen? Da sind wir wieder bei den Schulverträgen und bei den ganzen Punkten, die wir hier diskutieren, bei dem Indikatorenmodell usw. Immer im Blick zu haben, dass das, was wir installiert haben, umgesetzt wird, ist, glaube ich, der Kern.

Dann wollte ich gern zu diesem ganzen Themenkomplex Übergang Schule und Beruf etwas sagen: Das Land Berlin hat gemeinsam mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern Standards der Berufs- und Studienorientierung auf den Weg gebracht. Ich weiß nicht, welches Bundesland auch solche Standards hat. Das findet sich auch im Rahmenlehrplan wieder. Brandenburg hat das mitgemacht. Wir haben ja einen gemeinsamen Rahmenlehrplan.

Ich wollte noch ansprechen, dass unsere BSO-Teams dazu verpflichtet sind, einen Plan B zu entwickeln. Ich kann nur aus eigener Erfahrung sagen, dass in meinem Umfeld unsere BSO-Teams einerseits den Weg in die Oberstufe weisen, aber, wenn das nicht klappt, auch einen Plan B, beispielsweise in die duale Ausbildung zu gehen, formulieren. Das ist von uns bewusst formuliert, dass die duale Ausbildung immer mit in den Blick genommen wird. Eine Alternative kann natürlich auch sein, wenn es nicht die duale Ausbildung ist, eine Ausbildung als Erzieherinnen und Erzieher oder in einem anderen Bereich an einem Oberstufenzentrum zu absolvieren. Plan B ist immens wichtig, weil wir nicht wollen, dass junge Menschen durchs Rost fallen, und wir sie verlieren. Deswegen haben wir diese ganzen Standards miteinander erarbeitet.

Einen Punkt wollte ich noch einmal deutlich machen, weil hier so getan worden ist, dass die Gymnasiasten, wenn wir etwas verändern, ohne MSA abgehen: Selbstverständlich nicht, natürlich wird der MSA vergeben. Das wollte ich einfach noch mal hier an der Stelle ansprechen. – Ich glaube, ich habe meine Punkten alle durch.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Dann kommen wir zu unseren Anzuhörenden und machen wieder den Einstieg mit Herrn Professor Dr. Köller. – Sie haben die Möglichkeit auf die vielen Fragen, die an Sie gegangen sind, Bezug zu nehmen. – bitte schön!

**Dr. Olaf Köller (IPN)** [zugeschaltet]: Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich weiß gar nicht, ob ich alle bedienen kann, dann sitzen wir wahrscheinlich sehr lange. Ich versuche, mich kurz zu fassen. Es kam verschiedentlich der Hinweis, dass die Kommission einen verengten Bildungsbegriff hatte. Ich dachte, ich hätte darauf hingewiesen, dass der Auftrag war, sich ganz klar auf die Basiskompetenzen Deutsch und Mathematik zu fokussieren. Die Kommission ist sich natürlich bewusst, dass schulische Bildung insgesamt weit mehr als Lesen, Schreiben, Rechnen ist, aber dass Lesen, Schreiben, Rechnen natürlich notwendige Voraus-

setzungen für die Bewältigung des Bildungskanons sind. Das heißt – Herr Becker-Mrotzek hat schon darauf hingewiesen –, dass sich die Welt ohne Lesekompetenzen nicht erschließt. Insofern ist das schon von besonderer Bedeutung. Letztendlich hat sich aber die Kommission in ihrem Handeln auf das beschränkt, was im Wesentlichen der Auftrag war. Das war nicht, Empfehlungen zu erarbeiten, wie man die sozialen Kompetenzen spezifisch weiterentwickeln möchte. Gleichwohl kann ich dazu sagen, Schülerinnen und Schüler, die in den Kernfächern erfolgreich sind, die dort Kompetenzerleben haben, sind in der Regel auch die, die davon psycho-emotional und sozial profitieren. Das steht keineswegs im Widerspruch.

Dann hatten wir noch mal die Fragen: Was soll die Kita leisten? Und wer hat – in Anführungszeichen – Schuld: die Kita oder die Grundschule? Muss sich nicht die Grundschule umstellen? – Ich glaube, Berlin hat wie auch alle anderen Bundesländer Bildungspläne für die Kita. Das heißt, es ist Konsens, dass die Kita einen Bildungsauftrag hat und letztendlich in der besonderen, pädagogischen Umwelt der Kita, diese Vorläuferkompetenzen anbahnt, die dann für schulisches Lernen nötig sind. Insofern ist es kein Widerspruch, für die Kita Vorschläge, Empfehlungen zu geben, wie man Sprachförderungen, mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen, beispielsweise auch Vorläuferfertigkeiten und –fähigkeiten, unterstützen kann, und zwar in dem Sinn, dass anschlussfähiges Lernen dann in der Schule möglich wird.

Mich hat schon verblüfft, den Schwarzen Peter der Grundschule zuzuschieben. Ich glaube, wenn wir in den letzten 30 Jahren oder 40 Jahren, zunächst in Westdeutschland und dann in Gesamtdeutschland, irgendwo die großen, didaktischen, pädagogischen Reformen erlebt und ein modernes Schulsystem haben, dann in dem Grundschulsystem – sehr stark die Kombination von Strukturierung, aber auch sehr stark vom Kind aus. Also wenn es didaktische und pädagogische Innovation in den letzten Dekaden gegeben hat, dann sicherlich insbesondere in der Grundschule.

Für die Grundschule ist die zunehmende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler natürlich ein Problem, deswegen ist es aus unserer Sicht umso wichtiger, dass der erfolgreiche Übergang in die Grundschule in der Kita gesichert wird. Dazu haben wir die entsprechenden Empfehlungen abgegeben.

Was den Ganztagsbetrieb betrifft, der wiederholt adressiert wurde und im Übrigen an den Grundschulen wie auch an den ISSen verpflichtend ist, haben wir wiederholt die Empfehlung abgegeben, dass man, wenn man Förderung in Mathematik und Deutsch in Form von additiven Angeboten betreiben möchte, dafür den Ganzttag nutzen kann und sollte, und dass man den Nachmittag dahingehend organisiert, dass Fördermaßnahmen mit besonders förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern additiv in den Nachmittag verlegt werden und man dort den Ganzttag wirklich sinnvoll nutzen kann, um systematisch zu unterstützen.

Auf die Frage der Ressourcenallokation für die Kitas ist die Senatorin schon eingegangen. Das kann man aber auch für die Schulen denken. Wir haben diesen Sozialindex sehr explizit für die Kitas vorgeschlagen, den man über viele Maße, die sich dann auf den entsprechenden Bezirk beziehungsweise Sprengel, die man bilden kann, beziehen. Man muss dann sehen, wie viel Geld da ist, und die, die den höchsten Sozialindex haben, sind die, die zuerst rankommen, und dann wird sukzessive abgearbeitet, je nachdem wie stark die Kitas belastet sind. Es geht nicht immer um ein Mehr von Ressourcen, sondern es geht um Ressourcenallokation, dass die, die besondere Herausforderungen haben, zunächst die Mittel bekommen, nicht alle diese Mittel bekommen, und man ein Indikatorensystem hat, dass wirklich die Kitas auswählt, die unbedingt gefördert werden müssen.

Es kam eine Frage zur Professionalisierung von Fortbildnern. Darauf habe ich, glaube ich, eine ganz gute Antwort – oder Berlin hat eine sehr gute Antwort: das Deutsche Zentrum für Lehrerbildung Mathematik. Das ist ein typisches Beispiel für die Kooperation von Universität, Landesinstitut und Fortbildungseinrichtung, wo systematisch Fortbildner durch universitäre Angebote professionalisiert werden. Es gibt so etwas, und man hat viele Beispiele für die

Kooperation von Universität und Fortbildung, die nur genutzt und vor Ort etabliert werden müssen.

Über das Indikatorenmodell ist viel gesprochen worden. Die Kommission hat das Indikatorenmodell sehr gewürdigt, gleichzeitig aber festgestellt, dass es einer stärkeren wissenschaftlichen Fundierung und einer Weiterentwicklung bedarf, um dieses Indikatorenmodell zu erweitern. Man kann sich vorstellen, dass für alle Schulformen die VERA-Ergebnisse reinkommen, dass im Sekundarbereich die Abschlussprüfungsleistung und die Abbrecherquoten mitaufgenommen werden. Man kann den also erweitern, und man muss vor allem zeigen, dass dieser Indikator auch dafür valide ist, dass die Schule ein Problem hat, dann kann man auch den Indikator sehr gut mit den Schulverträgen koppeln und hat dann im Grunde genommen ein Vehikel für die Frage der Autonomie bei gleichzeitiger Steuerung durch die Schulaufsicht.

Natürlich müssen Schulen Schulverträge mit der Schulaufsicht abschließen, mit der sie gemeinsam Zielvorgaben definieren. Den Weg dorthin kann die Schule aber in gewisser Autonomie beschreiten. Gleichwohl müssen sie sich dann irgendwann wieder überprüfen lassen, ob sie die gemeinsam mit der Schulaufsicht definierten Ziele entsprechend erreicht hat.

Zum MSA hat die Senatorin auch etwas gesagt. Ich will dazu nur sagen, dass sich die Kommission natürlich dagegen verwahrt, dass man hier Vorschläge macht, mit denen man jugendliche Amokläufer unterstützen möchte. Das halte ich für eine absurde Implikation, gegen die wir uns – und da spreche ich für die ganze Kommission –, verwahren müssen.

Noch mal zu proSchul: Ich glaube, die Kommission ist nicht negativ gegenüber solchen Programmen, die sich gegen kooperative Strukturen in Schulen sträuben, die Schulleitungen beraten. Das Problem, was die Kommission mit solchen Programmen wie proSchul hat, ist, dass ihnen die fachspezifische Fokussierung fehlt. Das heißt, das ist nicht per se schlecht, aber wir brauchen, glaube ich, mehr Programme oder Maßnahmen, die Schul- und Unterrichtsentwicklung berücksichtigen. Das fehlt uns teilweise in proSchul. Das ist aber nichts Berlinspezifisches, das sehen wir in fast allen Bundesländern, die wir haben.

Zu der Frage Kinder mit Migrationshintergrund, ob es eine kritische Prozentzahl gibt: Unser Gedanke war eher, wenn man einen Sozialindex hat – dabei spielte auch die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund eine Rolle –, dann muss man die Schulen nach diesem Index sortieren und am Ende des Tages sehen, wie viele Ressourcen man hat. Dann muss man die am stärksten Belasteten zuerst bedienen und dann sukzessive zu den anderen vorgehen.

Was die Herkunftssprache und die Ressource Herkunftssprache betrifft: Das ist ein ganz schwieriges Gebiet. Wir reden ja nicht über drei, vier Herkunftssprachen. Wir reden über zig Herkunftssprachen. Ich wüsste nicht, wie man das wirklich gut bedienen kann. Wir müssen dabei immer bedenken, dass gerade Kinder, die schon in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben, oft aus Familien kommen, in denen die Herkunftssprache nicht mehr richtig gut erlernt wurde. Von vielen Personen in den Familien wird die Herkunftssprache gesprochen und verstanden, aber sie kann weder geschrieben noch gelesen werden. Wenn man in der Herkunftssprache nicht wirklich fit ist, dann hat sie keine positiven Effekte für die Zweitsprache. Insofern wäre ich da vorsichtig, die Herkunftssprache generell als Ressource zu sehen. Da muss man schon genau hinschauen.

Zur Sprachdiagnostik kann Herr Becker-Mrotzek sicherlich mehr sagen. Nur ein Punkt von mir: Was die ganze diagnostische Forschung zeigt, ist, dass es unendlich schwer ist, aus Verhaltensbeobachtungen wirklich reliable und valide Schlüsse über Förderbedarf, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu ziehen. Es gibt zum Beispiel in der Berufseignungsdiagnostik die Assessment Center, wo auch Kandidaten in Verhaltenssituationen gebracht und dann beurteilt werden sollen. Es ist irre aufwendig, Beurteiler zu schulen. In der Regel scheitert man mit solchen Verfahren. Und jetzt fordern wir von den Erzieherinnen und Erziehern, dass sie solche aufwändigen, unheimlich schwer zu händelnden Verfahren nutzen, um individuellen Förderbedarf zu identifizieren, obwohl es viel ökonomischere, einfachere Verfahren gibt, mit denen man das viel besser machen könnte. Aber dazu kann Herr Becker-Mrotzek sicherlich mehr sagen als ich möglicherweise jetzt sagen möchte und kann.

Auf Berufsorientierung ist die Senatorin auch schon eingegangen. Ich glaube, da ist mit der Berliner Strukturreform ein wichtiger Schritt gegangen worden. Wir haben insbesondere in den integrierten Sekundarschulen die Berufsorientierung. Mit Blick auf die beruflichen Übergänge möchte ich noch mal auf die Arbeiten von Rainer Lehmann im Rahmen der ULME-Studie hinweisen. Rainer Lehmann hat dort systematisch Übergänge untersucht. Ein Kernergebnis von Rainer Lehmann ist, dass die besten Prädiktoren für Ausbildungserfolg die Mathematik- und Leseleistungen sind. – Das noch mal dazu.

Kurz zur Kommission, warum da Verwaltungswissenschaftler reinkommen. Wir haben festgestellt, dass bei der Umsetzung von Maßnahmen und Programmen in Berlin teilweise Governmentprobleme sind. Dementsprechend ist es, glaube ich, sinnvoll, wenn es um Optimierung von Steuerung geht, Verwaltungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler einzubauen.

Dann ist nach Programmen gefragt worden, mit denen man Schülerinnen und Schülern helfen kann. Für die ersten sechs Jahre ist das in der Stellungnahme ausgeführt. Für die älteren Schülerinnen und Schüler – das ist aber auch gesagt worden – besteht Forschungsbedarf. Das hat die Kommission angemahnt, ohne dass wir schon fertige Programme liefern konnten.

Was die Familienarbeit betrifft: Es gibt Hinweise und Programme – Opstapje wurde für die Vorschule genannt –, wie man die Familien im vorschulischen Bereich stärken kann. Im schulischen Bereich ist es wichtig, dass die Eltern ein Commitment zur Schule entwickeln, dahingehend, dass sie darauf achten, dass die Schülerinnen und Schüler in die Schule gehen. Aber gerade der Ganztagsbetrieb sollte für sich die Aufgabe definieren und das nicht an die Eltern delegieren, fachliches Lernen – bitte schön! – in der Schule zu ermöglichen und nicht in die heimische Umgebung zu verschieben. Man muss sich daran erinnern: Als damals Frau Kuhlman nach Pisa 2000 das Ganztagsprogramm auf den Weg gebracht hat, war das ganz klar mit der Intention, Kinder zu bedienen, die zu Hause nicht die Unterstützung haben, und dass das die Schule leisten soll. – Das mag in Vergessenheit geraten sein, aber insofern denken wir schon, dass der Ganztagsbetrieb hier eine große Rolle spielt, gerade in Familien, die den Kindern nicht die Unterstützung geben können, die sie eigentlich benötigen. – Jetzt habe ich wahrscheinlich noch die Hälfte der Antworten vergessen, aber vielleicht können meine Kolleginnen und Kollegen ergänzen.

**Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner:** Vielen herzlichen Dank, Herr Professor Köller! – Wegen Folgeterminen mussten sich aus unserer Runde leider Herr Professor Dr. Maaz und



Frau Siebernick verabschieden, wobei Frau Siebernik, wie ich soeben erfahren habe, ein Abschlussstatement zu den Fragen erarbeitet und zugemailt hat. Das werden Sie dann im Protokoll nachlesen. Insofern haben die nachfolgenden Anzuhörenden vielleicht das Bemühen, einige Fragen, die sie in ihrem Ressort verortet sehen, mit zu beantworten. – Wir machen jetzt mit Herrn Professor Dr. Becker-Mrotzek weiter. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Dr. Michael Becker-Mrotzek** (Marcator-Institut) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Ganz viele Fragen hat Kollege Köller schon beantwortet. Ich will mich auf die beziehen und beschränken, die sich mit der Sprachförderung befassen. Eine erste Frage ging dahin, ob die Muttersprachenförderung ein Garant dafür sein kann, dass die Deutschförderung besser geht. Herr Köller hat dazu schon etwas gesagt. Die meisten Kinder sind heute aus ganz unterschiedlichen Gründen mehrsprachig, weil früh Englisch gelernt oder aus der Familie Mehrsprachigkeit mitgebracht wird. Man kann nicht alle Sprachen in der Schule angehen, dafür sind es viel zu viele. Man kann aber, und das haben wir in dem Bericht geschrieben, dazu beitragen, dass die Mehrsprachigkeit unterstützt wird und dass bei den Lehrkräften eine entsprechende Offenheit da ist.

Berlin hat mit seinen Europaschulen ein Modell vorgelegt, wo systematisch mehrsprachig unterrichtet wird. Da zeigt sich, dass Mehrsprachigkeit insgesamt positive Auswirkungen hat. Aber, das muss man auch sagen, das kommt nicht von allein, das erfordert Einsatz bei den Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften und an den Schulen. Das ist keine triviale Herausforderung.

Dann ist – auch im Zusammenhang mit unserem Bildungsverständnis und der Teststrategie – mehrfach angesprochen worden, ob das nicht etwas einseitig sei und ob nicht auch alternative Leistungsbeurteilungen herangezogen werden könnten. – Zum einen hat Herr Köller schon darauf hingewiesen, dass standardisierte Tests eine ungemeine Entlastung sind, weil es nichts Schwierigeres als Beobachtungsverfahren gibt. Ich habe den Eindruck, dass ich jetzt nach 40 Jahren Berufserfahrung relativ gut in der Lage bin, wenn ich Kinder beim Lesen, Schreiben, Sprechen beobachte, einen Eindruck zu bekommen, ob sie einen Förderbedarf haben oder nicht. Aber das ist auch das Einzige, wo ich das kann. Für viele andere Bereiche kann ich das nicht, und das im Alltag, wenn man in der Kita tätig ist, von den Erzieherinnen mal nebenbei, neben allen anderen Aufgaben zu verlangen – – Ich weiß nicht, ob das sinnvoll ist, wenn es Testverfahren gibt, mit denen man relativ gut feststellen kann, wo ein Förderbedarf ist.

Zu diesen Teststrategien haben wir in der Bund-Länder-Initiative „Bildung durch Sprache und Schrift“, in der Berlin hauptbeteiligt ist, gesagt: keine Diagnose ohne Förderung, keine Förderung ohne Diagnose. – Das passt also zusammen. Das Testen hat die Funktion, für jede einzelne Lerngruppe, für die Schule, aber auch insgesamt für die Stadt ein Monitoring darzustellen, aus dem sich dann herleitet, wer eigentlich gefördert werden muss, wo Mittel hinfließen müssen, wo besonderer Förderbedarf ist.

Alternative Leistungsbewertungen haben wir nicht in Betracht gezogen, weil ich mir, ehrlich gesagt, nichts darunter vorstellen kann. Wenn ich untersuchen will, ob jemand lesen und schreiben kann, dann ist das relativ klar definiert, wann ich lesen und schreiben kann, nämlich dann, wenn ich einen Text gelesen habe und hinterher sagen kann, was da drin steht, oder wenn ich aufgefordert werde, etwas zu tun, ob ich das tun kann, wenn ich zum Beispiel eine

Bedienungsanleitung lese. Da fehlt mir im Augenblick die Fantasie, nach Alternativen zu suchen.

Wir haben deswegen den Schwerpunkt gewählt – und das ist auch der Grund, warum ich mich auf diese Kommission eingelassen habe –, weil wir der festen Überzeugung sind – und es spricht vieles dafür –, dass das die beste Möglichkeit ist, soziale und andere Benachteiligungen auszugleichen. Das heißt, das den Kindern, die das aus welchem Grund auch immer von zu Haus nicht mitbekommen, am besten geholfen wird, wenn man sie in die Lage versetzt, selbstständig zu lesen, zu schreiben und damit zu lernen, damit ihr Selbstwertgefühl zu schätzen. Das ist nach Einschätzung der Kommission ein ganz zentraler Punkt, um Bildungsvoraussetzungen zu schaffen, wohlwissend, dass es die Grundlage ist: Es ist das Fundament, aber es ist nicht das ganze Haus der Bildung. Das ist uns völlig klar.

Dann war die Frage, ob kleinere Gruppen in der Grundschule helfen, Lesen und Schreiben besser zu vermitteln. Wir wissen heute, dass die Gruppengröße nicht der entscheidende Faktor ist. Entscheidend ist, wie gut der Unterricht ist. Wenn ich guten Unterricht mit 25 Schülern mache, dann lernen sie mehr dabei, als wenn ich schlechten Unterricht mit 20 Schülern mache. Das heißt, auch hier ist es sinnvoll und notwendig, dass die Qualität des Unterrichts vorhanden ist. Dazu haben wir Hinweise gegeben.

Dann wurde die Frage gestellt, ob nur die sprachlichen Fächer dafür zuständig sind, Sprachkompetenzen zu vermitteln. Die haben eine primäre Aufgabe, das gehört zu ihren Aufgaben, aber natürlich spielt Sprache in allen Fächern eine Rolle. Das, was man heute sprachsensiblen oder sprachbewussten Fachunterricht nennt, haben wir erwähnt, haben aber auch gesagt, dass das im Rahmen der Schulentwicklung, Unterrichtsentwicklung so komplexe Herausforderungen sind, dass wir empfehlen, zunächst mal mit der Förderung basaler Kompetenzen anzufangen, weil die schneller zu Effekten führen und leichter umzusetzen sind. Wenn da eine Schule erfolgreich war, dann kann sie sich an solche komplexen Aufgaben heranwagen. Insofern ist das richtig.

Zu der Leitidee, die Risikogruppe um 5 Prozent zu reduzieren, kam in diesem Zusammenhang die Frage auf, warum im Schulbereich keine konkreten Tools wie im Elementarbereich genannt werden. Da habe ich gerade noch mal in unserer Expertise nachgeschaut. In dem Kapitel 2 sind sehr konkrete Hinweise bis hin zu einzelnen Förderprogrammen für Deutsch und Mathe genannt. Allerdings gibt es Bereiche, für die es noch nichts gibt, wo noch Dinge entwickelt werden müssen. Das ist richtig, aber auch hier sind ganz viele konkrete Maßnahmen genannt. Insbesondere finden Sie das am Ende des Kapitels 2, auf den Seiten 46 ff.

Dann kam die Frage nach der Sprachschatzfeststellungen von Vierjährigen auf. Dazu habe ich gerade schon etwas, und Herr Köller hatte dazu auch etwas gesagt. Die Frage ist, was dann daraus folgt. Zwei Dinge: Zunächst gilt es, die alltagsintegrierte Förderung zu aktivieren, also im Alltag der Kita möglichst viele sprachfördernden, -bildende Anlässe zu schaffen, aber – und da muss ich doch einigen Einschätzungen widersprechen, dass sich Kinder sehr individuell und unterschiedlich entwickeln – man kann die Individualität der Entwicklung nicht als Ausrede dafür nutzen, dass Kinder, bei denen ein Sprachförderbedarf festgestellt wurde, die also deutlich hinter der Entwicklung anderer Kinder zurückbleiben, nicht gefördert werden, in der Hoffnung darauf, dass sie das aufholen. Wir wissen heute, dass sich solche Dinge nicht auswachsen, sondern dass sie sich aufkumulieren. Das heißt, der Abstand zu den anderen

Kindern wird immer größer, die Motivation lässt nach. Wenn diese Kinder dann in die Schule kommen, dann haben sie von sich schon ein Selbstbild, wo sie sagen: Lesen, Schreiben, Sprache ist nichts für mich. Ich brauche mich auch gar nicht anzustrengen, weil das kann ich nicht. – Insofern ist hier eine gezielte, additive Förderung notwendig. Die muss nicht lang sein, die kann kindgerecht sein, aber die brauchen wir, um diese Kinder, bei denen so ein Sprachförderbedarf festgestellt wird, mitzunehmen. – Das war, glaube ich, dazu die letzte Frage, die noch nicht beantwortet war.

Dann kam noch die Frage: Was kann eigentlich wegfallen, wenn wir Dinge an bestimmten Stellen fokussieren oder allokieren wollen? – Da sind in unserer Anhörung eine ganze Reihe von Maßnahmen aufgetaucht, die ich jetzt nicht im Einzelnen nennen will. Der entscheidende Punkt ist, glaube ich, dass man bei allen Maßnahmen dahin kommt: Zahlen wir auf dieses Ziel ein, nämlich soziale Benachteiligung abzubauen und Kinder in den Bereichen Sprache und Mathematik wirklich zu fördern, um ihnen für ihre Bildung ein Fundament mit auf den Weg zu geben? – Da gibt es solche Programme, die mehr oder weniger darauf einzahlen. Das sind am Ende politische Entscheidungen, was man da für wichtig erachtet. – So viel von meiner Seite. Ich muss mich auch in einigen Minuten verabschieden, weil ich eigentlich seit 18.00 Uhr einen Anschlusstermin habe. Wenn noch Fragen kommen sollten, würde ich die dann schriftlich beantworten.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Auch Ihnen herzlichen Dank! – Unsere Lüftungspausen schaffen uns, man merkt das an den Inhalten. Aber vielen herzlichen Dank, dass Sie noch bleiben konnten, Herr Professor Dr. Becker-Mrotzek! – Wir machen weiter mit Herrn Békési. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Lars Békési** (VKMK e. V.) [zugeschaltet]: Danke schön! Viel wurde schon gesagt. Ich möchte ergänzend zwei Dinge noch einmal aufgreifen, weil die gefragt wurden. Letztendlich geht es um die mittelbare Arbeit und die Qualität, die man tatsächlich in der Praxis erleben kann. Das ist dann eine politische Frage der Wertschätzung, die dahinter steht. Wenn man die mittelbare Arbeit vollumfänglich einberechnet – das sind ungefähr 25 Prozent der täglichen Arbeit der Fachkräfte –, wenn man das tatsächlich im Personalschlüssel mitintegriert, dann hat man schon einen großen Weg geschafft.

Momentan ist es so, dass das Sprachlerntagebuch momentan in der Tat herunterfällt. Wenn man in die tägliche Alltagspraxis blickt, sieht man genau, in welcher Qualität letztlich diese Sprachlerntagebücher sind: Die sind optimierungsfähig und vielleicht dann doch nicht ausbaufähig. Ich kann mich nur der Fachexpertise der zwei Herren, Herr Professor Köller und Herrn Becker-Mrotzek, anschließen und sagen: Die Diagnostik sollte eher in den Fokus gerückt werden.

Das Zweite ist: Wenn man die Diagnostik in den Fokus rückt, bedarf es natürlich einer gezielten Fort- und Weiterbildung der einzelnen Fachkräfte, weil wir dies de facto derzeit noch nicht im Ausbildungs- oder im Studienbereich erlebt haben. Das muss aufgebaut werden. Der Übergang ist sinnvoll, dass man Fachberatungen stärkt und mitreinbringt. Das ist die Gesamthematik der multiprofessionellen Teams, die dahinter stecken. Das kann man nur empfehlen.

Sehen Sie es mir nach, aber die Aussage der Senatorin, dass man, was den Kitaentwicklungsplan, was die Fachkräfteentwicklung angeht, auf einem guten Weg sei und dass man Richtung 1 : 3 kommt, ist, wenn man die Praxis sieht, mehr oder weniger Wunschdenken. Der Weg dorthin ist viel weiter. Da sind wir noch gar nicht, weil der Länderreport sagt: 1 : 5,7. Das ist auch nur eine theoretische Zahl. Wenn man sich den Alltag anguckt, wenn Kinder kommen und gehen. Das ist ja immer ein Durchschnittswert. Die Situation in den Kitas ist deutlich schlechter, und die Fachkräfteeuphorie sehen wir – auch aus dem Verband heraus – eher kritischer. Wir sehen nicht, dass so viele Fachkräfte tatsächlich ankommen werden, weil wir ein wachsendes System sind. Berlin ist ein stark wachsendes System, es kommen deutlich mehr Kinder in die Kita und weniger Fachkräfte hinzu. Da bitte ich auch noch mal, das mit einer kritischen Fachjustierung zu sehen.

Das kann man damit machen – und das ist dann auch das letzte Kritische, auf Praxis bezogen, ich nehme jetzt die Praxis wieder hervor –: Es geht letztlich um die Wertschätzung. Die Wertschätzung man auch jetzt erleben kann, und die bedarf, dass sich die Pädagogen gut aufgehoben, gut wertgeschätzt fühlen, auch im Sinne der finanziellen Ausgestaltung. Das ist eine politische Aufgabe, die noch mal angegangen werden sollte. Ich möchte nur zwei Schlagworte nennen: das ist die Opferzulage und die Heldenprämie gewesen. In der Tiefe muss man darauf nicht eingehen, jeder weiß, was damit gemeint ist. Das ist ungünstig.

Abschließend noch zu der Freistellung von Fachkräften für die Kitaleitung: Da bleiben wir dabei: Das ist einer der Wege – 1 : 45 wäre der richtige Weg. Ich weiß, das ist ein großer Sprung, aber dieses Geld sollte in die Hand genommen werden, denn wenn es hier investiert wird, dann hätten wir vor Ort besser gebildete Fachkräfte für den frühkindlichen Bereich und könnten den Übergang in die Grundschule deutlich besser optimieren.

Noch eine persönliche Bemerkung an den Abgeordneten Wild gerichtet: Ihre Aussagen – ich nehme das häufiger wahr – sind ein bisschen diffus, aber sei es drum. Von Ihrer Sache mit dem Migrationshintergrund, fühlt man sich doch persönlich – ich bin selber einer mit Migrationshintergrund – angegriffen. Ich kann Ihnen nur für die Weihnachtszeit wünschen, dass Sie ein bisschen in sich kehren, darüber nachdenken und vielleicht in der Öffentlichkeit, nicht ganz so viel Nonsens von sich geben. – Ich danke fürs Zuhören!

**Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner:** Vielen Dank, Herr Békési! Wir machen jetzt weiter mit Frau Theede. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Sandra Theede (IHK):** Vielen Dank! – Ich werde jetzt besonders auf die Fragen eingehen, die direkt im Ausbildungsbezug stehen, also in der dualen Ausbildung. Es wurde gefragt: Eintritt in den Ausbildungsmarkt, Hemmnisse. – Das sind eigentlich Klassiker. Ein Ausbildungshemmnis sind immer noch die geringen Berufsvorstellungen der Jugendlichen. Frau Scheeres hat recht: In der Berufsorientierung ist viel passiert, es ist ein Unterrichtsfach, wir haben das Landeskonzept. Es liegt sicherlich auch daran, dass wir 330 Ausbildungsberufe haben, und Jugendliche – diese Erfahrungen machen die Unternehmen – haben häufig bei den Vorstellungsgesprächen gar keine richtige Vorstellung, was sie erwartet, wenn sie in der Lehre sind. Das ist ein großes Hemmnis. Gleich danach kommen Mathematik- und Deutschkenntnisse. Das heißt, das ist immer ein großes Thema, weil schon heute ungefähr ein Drittel der Ausbildungsbetriebe, laut unseren Umfragen, Nachhilfeunterricht geben, damit die Berufsschule bewältigt werden kann.

Da war auch die Frage: Was sind alternative Leistungsbewertungen? Im Grunde genommen führen Unternehmen das schon durch, wenn sie Auszubildende suchen, denn viele Unternehmen stellen die Jugendlichen mit Einstellungstest ein. Sie sagen: Ich schaue gar nicht so sehr auf den Schulabschluss, das ist eher eine Orientierung. Ich mache noch mal einen Einstellungstest, in dem ich das abfrage, von dem ich weiß, dass das auf jeden Fall in der Berufsschule Thema ist: Ein bisschen Flächenberechnung oder, wenn Sie zum Beispiel einen kaufmännischen Beruf haben und die Rechtschreibung und die Grammatik korrekt sein müssen, dass so etwas abgefragt wird.

Dann habe ich auch Unternehmen, die mir gespiegelt haben: Berlin ist bei Jugendlichen außerhalb Berlins eine beliebte Stadt. Die ziehen dann für die Ausbildung nach Berlin. Das heißt, dass die Konkurrenz natürlich auch für die Berliner Schüler da ist. Das darf man nicht vergessen. Die schneiden dann in solchen Einstellungstests immer mal besser ab.

Dann war die Frage, ob sich die schulische Ausbildung passgenau auf den Beruf ausrichten muss: Nein, das glaube ich nicht. Ich glaube auch nicht, dass es zielführend wäre, denn – anders als gesagt – die beruflichen Erfordernissen ändern sich eigentlich ständig. Meine Wahrnehmung ist nicht die, dass berufliche Erfordernisse gleich bleiben, sondern dass sie sich ständig ändern, Ausbildungsberufe werden ständig angepasst, es gibt neue Berufe, Sachen fallen weg. Eine auf den Beruf passgenaue schulische Ausbildung ist wahrscheinlich in dem Moment schon wieder veraltet. Ich wüsste gar nicht, wie das gehen sollte.

Ich muss auch sagen, es geht Betrieben nicht darum zu sagen, dass andere Fächer – musische Fächer oder Sport – wegfallen sollen. Das ist eine Entscheidung, die die Wirtschaft gar nicht treffen möchte und kann. Es ist sogar wichtig, weil wir viele Berufe haben, bei denen wir Lösungen finden müssen. Und Lösungen brauchen Kreativität. Das wird eher mehr als weniger. Natürlich haben wir aber auch einen Fokus auf MINT-Themen. Das ist dann doch so gegeben.

Ich glaube, dass Vielfalt für uns und für die Betriebe sehr wichtig ist. Das ist ein großer Spiegel, weil wir wissen, dass Vielfalt und vielfältige Teams immer deutlich bessere Ergebnisse abgeben. Das ist mir ganz wichtig zu sagen. Das heißt, wir haben 330 Ausbildungsberufe, ich glaube, wir haben für viele Jugendliche gute Angebote, wir müssen sie nur manchmal mehr davon überzeugen, dass bei uns vielleicht noch etwas dabei ist, aber es ist wirklich vielfältig. Man muss auch sagen, dass wir – alle Partner gemeinsam – dieses Jahr daran gearbeitet haben zu sagen, dass man Angebote schafft oder sichtbar macht, dass eigentlich für jeden Jugendlichen – für ihn, seine Interessen und seine Fähigkeiten – etwas da sein sollte. Ich glaube, darauf kann man aufbauen. – Ich hoffe, ich habe nichts vergessen. – Danke!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Auch Ihnen herzlichen Dank! – Noch mal insgesamt allen herzlichen Dank für die sehr unterschiedlichen Sichtweisen zu dem Abschlussbericht! – Möchte der Senat noch etwas sagen? – Nein. Ich gucke noch einmal ordnungsgemäß in die Runde. – Dann werden wir diese Punkte 2 a und b vertagen bis uns das Wortprotokoll zu einer gemeinsamen Auswertung vorliegt. Den Punkt 2 c werden wir in der Diskussion für abgeschlossen erklären.

Wir machen weiter mit

### Punkt 3 der Tagesordnungspunkt

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0328](#)  
**Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche**  
**– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen**  
**Raum,**  
**– für die Grund- und Oberschulen sowie**  
**Volkshochschulen und**  
**– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren**  
**sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und**  
**Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen**  
(auf Antrag aller Fraktionen) BildJugFam
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0351](#)  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2969  
**Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-**  
**Infektionsschutzverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/249  
BildJugFam  
GesPflGleich  
Haupt(f)  
InnSichO\*  
Recht  
Sport\*  
WiEnBe

Hierzu:

- Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0351-1](#)  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2969-1  
**Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-**  
**Infektionsschutzverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/249  
BildJugFam  
GesPflGleich  
Haupt(f)  
InnSichO\*  
Recht  
Sport\*  
WiEnBe

- c) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/3074  
**Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/257
- [0367](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport\*  
WiEnBe
- d) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/3075  
**Siebente Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/258
- [0368](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich\*  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport\*  
WiEnBe
- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/3080  
**Verordnung zu Regelungen in zugelassenen Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie (Krankenhaus-Covid-19-Verordnung)**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/260
- [0369](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich\*  
Haupt(f)  
InnSichO\*  
Recht  
Sport\*  
WiEnBe
- f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/3083  
**Achte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/262
- [0370](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich\*  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport\*  
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 4 der Tagesordnungspunkt

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.